Textilarbeiter-Zeitung

für die Interessen der Textilarbeiter und -Arbeiterinnen aller Branchen.

Redaktion: A. Hentmann in Düsseldorf 51, Corneliusstr. 66. Berichte, kleine Beiträge 2c. sind zunächst an den betr. Bezirksvorsitzenden einzusenden. Sämtliche Beiträge müssen bis Montags abends bei der Redaktion in Düsseldorf eingegangen sein.

Organ des Zentralverbandes christlicher Textilarbeiter Deutschlands.

Die „Textilarbeiter-Zeitung" erscheint jeden Samstag und kostet vierteljährlich durch die Post bezogen 3,— Mk. Expedition und Druck von Joh. van Acken in Krefeld, Luth. Kirchstraße 65. Fernsprech-Nr. 1358.

Nr. 9. Telegramm-Adr.: Textilverband Düsseldorf. Düsseldorf, den 6. März 1909. Fernsprech-Nummer 4423. 11. Jahrgang.

Inhaltsverzeichnis.

Artikel: Gefährliche Theorien. — Zur Arbeitslosenfrage. — Ein zeitgemäßes Kapitel. — Posadowsky als Sozialpolitiker. — Deutschlands soziale Gliederung. — **Feuilleton:** Für die Frauen. — **Aus dem Verbandsgebiete:** Lohnbewegungen und Arbeitsstreitigkeiten: Colmar i. E. — M.-Gladbach. — Krefeld. — **Aus dem Münstertal (Ober-Elsaß).** — **Berichte aus den Ortsgruppen:** Bamberg. — Beuel. — Brand. — Colmar i. E. — Forchheim. — Forst (Lausitz). — Lambrecht. — Ronsdorf. — Süchteln. — Ullersdorf (Schlesien). — Viersen. — **Aus unserer Industrie:** Zur Lage im Textilgewerbe. — **Gewerkschaftliches:** Aus unseren Verbänden: Die christlichen Gewerkschaften sind politische Vereine. — Aus gegnerischen Organisationen: Theorie und Praxis. — Die Berichtigungskunst des Herrn Vorhölzer. — Hirsch-Dunckersche „Neutralität". — Aus Arbeitgeberkreisen: Warum die Arbeitgeber sich organisieren sollen. — **Allgemeine Rundschau:** Soziale Rechtsprechung: Kann ein gekündigter Arbeitsvertrag durch stillschweigende Vereinbarung als von neuem abgeschlossen betrachtet werden? — Allgemeines: Arbeitslosenzählung in Berlin. — Einwirkung von Armenunterstützung auf öffentliche Rechte — Versammlungskalender. — Anzeigen. — Sterbetafel.

Gefährliche Theorien.

Sind wir wirklich im 20. Jahrhundert? Antworte noch nicht, lieber Leser, sondern lies erst nachstehende Sätze:

„Die Interessen der arbeitenden Klassen sind, soweit dies auf dem Gebiete des bürgerlichen Rechts möglich ist, in weitestgehender Weise berücksichtigt." — „Will man wegen der Berücksichtigung der besonderen Verhältnisse beim Dienstvertrage von einem Klassenrechte sprechen, so würde es ein Klassenrecht zugunsten der arbeitenden Klassen sein."

Kann das im 20. Jahrhundert geschrieben sein? Man faßt sich an den Kopf und fragt sich: Leben wir denn auf dem Mond? — Aber es hilft alles nichts: die Sätze sind im Jahre des Heils 1909 geschrieben. Und das nicht einmal von einem „spinnenden" Phantasten, sondern von Herrn Wirklichen Geheimen Rat Professor Dr. Planck zu Göttingen, dem Inhaber eines Lehrstuhles für deutsche Rechtswissenschaft. Grund genug, auf die Gefahr solcher Theorien den alarmierenden Scheinwerfer der Kritik zu lenken. Denn dem Rechtslehrer da zu Füßen sitzen jene, die unsere künftigen Richter sein werden. Wie sollen sie sozial richten können, wenn sie in dem Arbeiter — es ist zu ernst, um zu lachen! — das Glied einer vom Recht begünstigten Klasse erblicken.

Das ist der Fluch der Ueberspannung der Theorie und der überreizten Lust, „originell" zu deuten. Warum läßt man nicht den „gesunden Menschenverstand" Wegweiser sein? Der würde, wie es in der „Hilfe" geschieht, sagen: „Wenn bezüglich des Dienstvertrages Sondervorschriften notwendig sind, die von den allgemeinen Rechtsgrundsätzen abweichen, so beweist das nicht, daß die arbeitenden Klassen vor anderen Staatsbürgern bevorzugt werden sollen, sondern es beweist nur, daß unsere allgemeinen Rechtsgrundsätze miserabel sind ... Worin besteht der Klassen-Charakter nach Plancks Ausführungen? Darin, daß die Vertragsfreiheit durch Staatsgewalt eingeschränkt wird. Und zwar werden Schranken auferlegt der Möglichkeit einer Unterdrückung der Persönlichkeit durch das Vermögen. Das erste große Klassengesetz zugunsten der Arbeitnehmer war das Verbot der Sklaverei, das nächste die Aufhebung der Leibeigenschaft, jetzt arbeiten wir mühsam an einer dritten ähnlichen Begünstigung der Arbeiterklassen, an dem Verbot der Möglichkeit von sogenannten Kuli-Verträgen, die den Arbeitnehmer in einer menschenunwürdigen Weise dem Arbeitgeber und seinen Vermögensinteressen ausliefern. Und das ist Klassengesetz? Ja, merkt denn Herr Planck gar nicht, daß er unser heutiges Recht messen will an den Zuständen, die unter dem Sklavenrechte des alten Rom herrschten? Der Klassencharakter einer Gesetzbestimmung kann nicht gemessen werden an den Zuständen einer längst verschollenen Zeit, sondern nur an den Anschauungen der Gegenwart ..... Klassenrecht ist ein Recht, welches im Widerspruch mit unsern heutigen Ueberzeugungen eine Klasse zum Schaden der andern ungebührlich bevorzugt.

In der Stellung des Arbeitnehmers zum Staate aber hat sich seit den Zeiten, in denen Herr Planck lebt, eine gewaltige Wandlung vollzogen, die doch auch an unsern Universitäten nicht unbemerkt vorübergegangen sein dürfte. Der Sklave war ein Haustier, der Hörige ein Untertan, der heutige Arbeiter ist ein Staatsbürger ....."

Wenn's nur um den einen Träumer allein zu tun wäre, könnte man ihm schon das Vergnügen gönnen, in der Toga des römischen Rechts ehrers die Traumwanderung im Rom der Zasaren fortzusetzen. „Aber jammern kann einen das Volk, auf das solche römische Richter losgelassen werden."

Arbeiter, erinnert jene weltfremden Träumer daran, daß ihr nicht an das traumlockende Halbdunkel der Gelehrtenstube gewöhnt seid, sondern überall nach Licht ringt.

Zur Arbeitslosenfrage.

II.

Wer den Arbeitslosen helfen will, muß ihnen allgemein zu helfen suchen. Für einen Teil der Gewerkschaftler liegt die Gefahr nahe, daß dies aus den Augen gelassen wird, für jenen nämlich, der die Arbeitslosenunterstützung agitatorisch ausnützen zu können hofft. Für die unter der großindustriellen Arbeiterschaft wirkenden Agitatoren bedeutet die Arbeitslosenunterstützung in gewissem Sinne einen Ersatz für die ständig sprudelnde Agitationsquelle, die ihren Kollegen in den anderen (speziell in den Bau-) Berufen in der Tarifbewegung zur Verfügung steht. Sie befürchten daher, durch die Einführung einer allgemeinen Arbeitslosenversicherung eine Schädigung des Gewerkschaftsgedankens herbeigeführt zu sehen. Für die Bau- und sonstigen Saisonberufe dagegen kann nur eine allgemeine Versicherung in Frage kommen, da bei ihnen für eine gewerkschaftliche Arbeitslosenunterstützung das Risiko ein derart hohes ist, daß sich ihm mit den für absehbare Zeit erhebbaren Beiträgen nicht beikommen läßt.

Ob aber die Entwicklung nicht von selbst zur Zwangsversicherung treiben wird? Der Gedanke an die großen Massen der Landarbeiter, der Saison- und Wanderarbeiter, die aus den ärmsten Gegenden stammen und nach Beendigung der Saison arbeitslos in die arme Heimat zurückkehren, läßt kaum einen anderen Ausweg offen. Diese Heimat-Gemeinden aber können zweifellos die Lasten einer Arbeitslosenunterstützung unmöglich auf sich nehmen. Soll nicht da der Staat zur Anerkennung der konservierenden Bedeutung der Gewerkschaften gezwungen werden, indem öffentliche und gewerkschaftliche Unterstützung verschmolzen, die Gewerkschaften zu Trägern der Versicherung gegen Arbeitslosigkeit gemacht und die Arbeiter zum Eintritt in dieselben aufgefordert werden? Eine gewisse Analogie zwischen dieser Versicherung und derjenigen gegen Krankheit, Invalidität usw. ist unverkennbar. Es liegt daher nahe, eine analoge Regelung zu empfehlen.

So nahe in diesen [illegible] weitgreifenden Projekten liegt, die Konferenz ließ sich von dem gesteckten Ziel nicht abbringen: es galt Vorschläge zu machen für die Einführung eines Versicherungssystems, dessen Durchführung bei den heute gegebenen Verhältnissen durchaus möglich ist und das immer die Möglichkeit zu weiterem Ausbau im Sinne der als Ideal betrachteten Reichsarbeitslosenversicherung offen läßt. Ein solches System aber läßt sich durch die Kombinierung der dem Cölner und dem Genter System eigentümlichen, wesentlichen Einrichtungen aufstellen. Davon ausgehend schlägt die Konferenz vor:

Die Einführung einer gemeindlichen Arbeitslosenversicherung, die zur Grundlage die freiwillige Versicherung hat und die Versicherung durch die Gewerkschaften in keiner Weise ausschließt oder erschwert. Die Gemeinde garantiert den der gewerkschaftlichen Versicherungskasse angehörenden Arbeitslosen einen bestimmten Zuschuß zu der gewerkschaftlichen Unterstützung, und den nichtorganisierten Arbeitslosen eine Unterstützung in der Höhe dieses Zuschusses.

Die Konferenz geht dabei insbesondere noch von folgenden Erwägungen aus:

Die Bestellung der Gewerkschaften zu Trägern der Versicherung würde, neben einer Reihe von Vorteilen, doch auch manche Gefahren in sich bergen. Letztere ergeben sich speziell aus der Kontrolle, der sich die Gewerkschaften würden unterwerfen müssen und die in gleichem Maße zu dem Anwachsen der Ansprüche eine Verschärfung erfahren würde. Unsere Verhältnisse aber lassen es vorläufig nicht ratsam erscheinen, sich freiwillig unter eine solche Kontrolle zu begeben.

Durch die Offenlassung der Versicherungsmöglichkeit für Nichtorganisierte ist eine Schädigung der Gewerkschaften nicht zu befürchten. Zunächst wird von dieser Versicherung erfahrungsgemäß nur wenig Gebrauch gemacht; dann aber ist der zu erwartende Unterstützungsbetrag von vornherein auf eine derart geringe Höhe beschränkt, daß dadurch die übrigen, durch die Gewerkschaften gebotenen Vorteile an Zugkraft nichts einbüßen — und schließlich hat auch die Gewerkschaft die unausgesetzte Agitation für sich, zu deren Entfaltung anderen Faktoren sowohl das Interesse, als auch die geeigneten Mittel fehlen.

Der gemeindlicherseits zu gewährende Zuschuß muß in allen Fällen ein gleichmäßiger sein, ähnlich wie der Reichszuschuß von 50 Mk. zur Invaliditätsversicherung, oder die Festsetzung eines bestimmten Prozentsatzes von dem Unterstützungsbetrag der einzelnen Gewerkschaften.

Gegen die Einführung des vorgeschlagenen Systems können gemeindlicherseits Bedenken nicht erhoben werden: Die Gewerkschaften verlangen nichts weiter, als daß sie nicht schlechter gestellt werden, wie die übrigen Versicherten.

Aus taktischen Gründen empfiehlt sich eine Begrenzung des Begriffs „Gewerkschaft" nicht. Selbst bei weitherzigster Auslegung desselben werden die eigentlichen Gewerkschaften von ihrer Zugkraft nichts einbüßen.

Im übrigen bleibt die Regelung der technischen Seite der Frage den Gemeinden selbst überlassen.

Von größter Bedeutung ist schließlich die Aufbringung der Mittel. An der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit hat die Gesamtheit ein Interesse, da sie auch, sei es direkt, sei es indirekt, deren Folgen zu verspüren bekommt. Andrerseits liegen aber die Verhältnisse in den Gemeinden derart, daß stellenweise, wenn die Gemeinde die ganzen Kosten aufbringen müßte, nur einzelne Stände davon betroffen würden. In den Industriestädten speziell würden die gesamten Lasten den Arbeitern und dem Mittelstand aufgebürdet werden, da sich in ihren Mauern die Kapitalisten, selbst wenn sie an der Ortsindustrie aufs lebhafteste interessiert sind, erfahrungsgemäß nicht aufhalten. Hier einen Ausgleich zu schaffen, schlägt die Konferenz die Aufbringung der Kosten durch die Einzelstaaten vor, die sie dann in gerechtem Verhältnis auf die Gemeinden zu verteilen haben. Zu erwägen ist die Einrichtung bestimmter Fonds zu diesem Zwecke, aus denen die Gemeinden entsprechend ihren Bedürfnissen die Zuwendungen erhalten. —

Die Arbeitslosenfrage drängt auf eine schnelle und praktische Lösung hin. Da muß jeder Vorschlag, der eine brauchbare Unterlage bietet, willkommen sein. Unsere Arbeitslosenkonferenz glaubt in ihren Vorschlägen eine solche brauchbare Unterlage zu bieten. Mögen daher die Mitglieder für eine lebhafte Propaganda in ihrem Sinne Sorge tragen!

Ein zeitgemäßes Kapitel.

II.

Die erste und grundlegenste Arbeit zur Einleitung von Bewegungen muß sein, daß die Kollegen sich an ihrem Orte aus allen Betrieben und von allen Hauptartikeln genaue Lohnangaben verschaffen. Diese Arbeit erfordert viel Umsicht und Geschick und sind nur die zuverlässigsten Leute aus den einzelnen Betrieben mit der Besorgung des Materials zu betrauen.

[illegible] so gewonnene Material zu sichten und zu ordnen. Wird so allerorten verfahren, so ist es den Kollegen ein leichtes, bei einer eventuellen Lohnbewegung die zuverlässigsten Angaben über die Konkurrenzlöhne zu beschaffen. Können die Kollegen nachweisen, daß an anderen Orten für den gleichen Artikel höhere Löhne gezahlt werden, so bietet ihnen das eine vorzügliche Waffe, besonders zur Gewinnung der öffentlichen Meinung.

„Aber wenn sich das Gegenteil herausstellt", so höre ich die Kollegen fragen, „wenn es sich zeigt, daß an unserm Orte tatsächlich die höchsten Löhne für diese und jene Ware bezahlt werden?" Nun, dann wird man in der Regel klug tun, für schlechter bezahlte Artikel zuerst Aufbesserung zu fordern und den Kollegen der betreffenden Konkurrenzplätze durch Uebermittelung der Lohnsätze den Kampf um die Erringung wenigstens der gleichen Löhne behilflich sein. Immer muß unser Augenmerk auf die Bekämpfung der Schmutzkonkurrenz im Gewerbe gerichtet sein, wenn wir wirkliche und dauernde Erfolge für die Arbeiter erringen wollen.

In Vorstands- und Vertrauensmännersitzungen müssen die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der einzelnen Betriebe besprochen werden. Ein Vergleich der Löhne miteinander wird dann leicht ergeben, in welchen Betrieben und auf welchen Artikeln eine Aufbesserung mit Aussicht auf Erfolg erstrebt werden kann. Ist man sich darüber klar geworden — natürlich ist zu solchen Beratungen der Bezirksleiter zuzuziehen — so beruft man die Arbeiter der betreffenden Betriebe zu einer Fabrikbesprechung zusammen. Beweist man den Leuten, daß es sich um speziell ihre Angelegenheiten handelt und zeigt ihn anhand zuverlässiger Lohntabellen, daß sie für die gleiche Arbeit geringer entlohnt werden als die Arbeiter anderwärts, so wird ihr Interesse ganz naturgemäß rege. Es muß ihnen aber auch mit aller Deutlichkeit gesagt werden, daß diejenigen keine Unterstützung zu gewärtigen haben, welche den Verband nur zur Stunde der Not kennen.

Bei dem bisher Gesagten handelt es sich um Aufgaben, die bei eintretendem bessern Geschäftsgang bereits erledigt sein müssen.

Gewiß wird manchen Ortsgruppenvorständen dadurch ein Mehr von Arbeit aufgebürdet, aber diese Arbeit muß unbedingt geleistet werden.

Kollegen, bedenkt, daß wir auch in der Textilindustrie einem fest geschlossenen Arbeitgebertum gegenüberstehen. Und die große Mehrzahl der deutschen Textilindustriellen ist nicht von sozialer Einsicht und von Rücksichtnahme auf berechtigte Arbeiterwünsche angekränkelt. Das hat sich auch jetzt wieder durch deren ablehnende Stellungnahme zu dem vom Reichstage angenommenen Arbeitskammer-Gesetzentwurf gezeigt.

Die heutige schlechte Zeit stellt wichtige Anforderungen an uns Gewerkschaftler, wenn wir die kommende bessere Zeit ausnutzen wollen.

Darum auf Kollegen und Kolleginnen allerwärts! an die Arbeit! Es gilt ein großes Werk zu vollbringen, es gilt die Hebung unseres Standes!

Posadowsky als Sozialpolitiker.

I.

Als der Staatsminister Graf Posadowsky im Jahre 1907 bald nach den Reichswahlen um seinen Abschied einkommen mußte, da hat das in Kreisen der nationalen Arbeiter und Sozialpolitiker Ueberraschung, Befremden und Unwillen hervorgerufen.

Der Minister für Sozialpolitik, der Graf im Barte, hatte der Arbeiterschaft innerlich näher gestanden als ein Minister vor ihm. Ihm hatte die Zeit mit ihren sozialen Erscheinungen den Blick geweitet und die Kraft gestählt für die Ausübung des wichtigen Amtes eines deutschen Sozial-Ministers, dem er rund 10 Jahre seine bedeutende Kraft widmen konnte. Von allen Staatssekretären ist es bis jetzt dem Grafen Posadowsky noch am besten gelungen, die Notwendigkeit und Gerechtigkeit der Arbeiterforderungen am allgemeinen Staatswohl abzumessen und unter dem Gesichtspunkte einer großzügigen Staatspolitik eine ehrliche und aufrichtige Arbeiterpolitik zu betreiben, die frei ist von allen Hintergedanken. Seine Reden waren „frei von bureaukratischer Enge", es fehlte ihnen nicht „der große einheitliche Hintergrund einer geschlossenen Gesamtansicht". Als s. Z. der Industrielle Kirdorf seine Meinung über die christlichen Gewerkschaften dahin zum Ausdruck brachte, daß diese noch schlimmer seien als die sozialdemokratischen, da war seit Bestehen des deutschen Reiches zum ersten Male die Tatsache zu verzeichnen, daß im Reichstage vom Bundesratstische aus von einem preußisch-deutschen Minister solche Worte eines schier allmächtigen Großindustriellen in aller Form mißbilligt wurden und den christlichen Gewerkschaften in der Person des Ministers für Sozialpolitik ein warmer Verteidiger erstand. (Rede v. 6. 2. 06.) Posadowsky gehörte nicht zu jenen „Sozialpolitikern" — die in unserem Vaterlande nicht so ganz dünn gesäet sind — die den Wert der sozialen Gesetzgebung lediglich abmessen an ihrer Wirkung auf die sozialdemokratische Bewegung. Er machte nicht in jener Art alles Schlechte verantwortlich macht, was in diesem Jammertale anzutreffen ist. Er suchte auch der sozialdemokratischen Partei und Bewegung gerecht zu werden und wußte wohl zu unterscheiden zwischen Sozialdemokratie und Arbeiterbewegung. Er war es, der den infolge des wachsenden Reichtums auch in oberen Kreisen überhandnehmenden Materialismus geißelte und diese Erscheinung mitverantwortlich machte für das Anwachsen der roten Bewegung und für die Untauglichkeit und Kraftlosigkeit der bürgerlichen Gesellschaft in der Ueberwindung des Sozialismus. So was war noch nie dagewesen. Wahrheit und Gerechtigkeit haben da oben noch selten eine Herberge gefunden. Und als die Gerechtigkeit als die vornehmste Charaktereigenschaft Posadowskys in seinen Parlamentsreden immer deutlicher zum Ausdruck kam, als er sich immer offeneren Blickes für die Bedürfnisse unserer Zeit zeigte und immer schärfer als der Minister für Sozialpolitik in die Erscheinung trat, der nicht um Dankbarkeit buhlte, sondern die soziale Reformarbeit als eine sittliche Pflicht auffaßte — da wurde er mitten in seinem Schaffen abgerufen von seinem Posten. Warum? Etwas Positives ist man nicht gewahr geworden, aber in der Arbeiterschaft war allgemein die Auffassung verbreitet, daß man in gewissen Kreisen den „Lokomotivführer der deutschen Sozialpolitik" für einen zu flotten Fahrer hielt und die Meinung vorherrschend war, daß die Lokomotive nun eine andere Richtung nehmen, gar eine Rückwärtswendung machen müsse. Das machte der Graf nicht mit, und darum mußte er gehen.

Der Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften hat im Auftrage des zweiten deutschen Arbeiterkongresses über die Wirksamkeit und Reden dieses bedeutenden Mannes ein Buch von kundiger Hand schreiben lassen. Verfasser desselben ist Dr. von Wiese, Professor der Volkswirtschaftslehre an der Kgl. Technischen Hochschule Hannover. Die Arbeit ist nicht nur eine Personalstudie, die von warmer Sympathie für den Minister getragen ist, sondern zugleich eine kurze Geschichte der deutschen Sozialpolitik überhaupt, die in den letzten Jahren durch die Wirksamkeit Posadowskys ein aufrichtiges, frisches Gepräge erhielt.

Das Buch behandelt die „Aera Posadowsky" als ein Entwickelungsstadium in der Geschichte der deutschen Sozialpolitik und führt deshalb einleitend kurz in die der Posadowskyzeit vorhergehenden Epochen unserer sozialen Gesetzgebung. Der Verfasser zerlegt die staatliche Arbeiterpolitik in drei Gruppen, die je die drei sozialpolitischen Perioden des Reiches beherrschten. Die „Aera Bismarck" (1881—1889) schuf in ihren Grundlagen die Arbeiterversicherung: die „Aera Berlepsch-Ötticher" (1890 bis 1896) kennzeichnet sich durch die große Gewerbeordnungsnovelle von 1891, die den Arbeiterschutz in Angriff nahm, während die „Aera Posadowsky" (1897—1907) den Ausbau des Arbeiterschutzes und der Arbeiterversicherung erlebte und besonders sich dadurch sachlich von den anderen Perioden unterschied, daß in ihr die Stellung der Regierung zu den gewerkschaftlichen Organisationen wie überhaupt zur Arbeiterbewegung eine Aenderung und Klärung erfuhr.

Die Bedeutung der „Aera Posadowsky" liegt nicht so sehr in ihren positiven Ergebnissen auf dem Gebiete der sozialen Gesetzgebung — die könnten so-

verminderter Fähigkeit zur Arbeit, ja zu einer Vermehrung der Unfälle, zu Siechtum und Krankheit.

Auch zahlenmäßig läßt sich dies nachweisen. Die Berliner Stahlfedernfabrik von Heintze u. Blanckertz führte im Jahre 1892/93 den Achtstundentag ein. Sie beschäftigte 1892/93 202 Arbeiter und 434 Arbeiterinnen. Nach Einführung des Achtstundentags ging im Vergleich zu den Jahren 1889—91 mit neunstündiger Arbeitszeit die Zahl der Krankheitstage pro Arbeiter von 5,4 auf 3,5 und pro Arbeiterin von 6 auf 4,6 zurück. Die Jalousiefabrik von Heinrich Freese in Berlin hat den Achtstundentag seit 1892 eingeführt. Dabei ergab sich folgender Krankenstand:

Jahr	Arbeiterzahl	Dauer der Arbeit	Zahl der Krankheitstage	Zahl der Krankheitstage pro Arbeiter
1888	60	9½-11 St.	455	7,5
1890/91	123	9 St.	819	6,6
1891/92	113	8 St.	511	4,5

Das Kaiserliche Statistische Amt hat für 154000 im Jahre 1887 vorgekommene Unfälle folgende interessante Verhältniszahlen berechnet:

Stunden des Vormittags	Zahl der Unfälle	in %	Stunden des Nachmittags	Zahl der Unfälle	in %
6—7	435	2,83	12—1	587	3,74
7—8	794	5,16	1—2	745	4,84
8—9	815	5,29	2—3	1037	6,73
9—10	1069	6,94	3—4	1243	8,07
10—11	1598	10,38	4—5	1178	7,65
11—12	1590	10,32	5—6	1306	8,48

Die fünfte Stunde jeder Arbeitsperiode weist also drei- oder viermal so viel Unfälle auf als die erste. Auch die Montage, Freitage und Samstage zeigen eine größere Unfallzahl als die übrigen Tage der Woche, was beim Montag auf alkoholische Exzesse während des Sonntags, für die beiden letzten Tage der Woche aber auf Abspannung und Ermüdung zurückzuführen ist.

Daß eine lange Arbeitszeit für den weiblichen Organismus besonders schädlich ist, wird in der vom Reichsamt des Innern herausgegebenen durch die Fabrikinspektoren erhobenen Enquete über die „Arbeitszeit der Fabrikarbeiterinnen“ besonders eingehend nachgewiesen. Außer den gesundheitlichen Schädigungen durch die Fabrikarbeit kommen für verheiratete Arbeiterinnen noch hinzu die Ueberanstrengung durch die Hausarbeit, zu geringe Sonntagsruhe, da der Sonntag als Waschtag verwendet werden muß, Vernachlässigung des Haushalts, der Aufsicht der Kinder und überhaupt des ganzen Familienlebens, mangelnde Gelegenheit für die Ledigen, sich in hauswirtschaftlichen und sonstigen Handarbeiten zu unterrichten. Von der großen Mehrzahl der Gutachter wird daher die Einführung des Zehnstundentags als Maximalarbeitstag für Frauen und weitergehende Verkürzung der Arbeitszeit an Samstagen befürwortet.

Alle auf Verkürzung der Arbeitszeit gerichteten Bestrebungen verdienen nachdrückliche Förderung, da sie die Leistungsfähigkeit unserer Industrie heben, die mit der Arbeitsteilung und Spezialisierung der Arbeit verbundene geistige Verödung mildern und Gesundheit und Sittlichkeit des ganzen Volkes fördern. Die während der Uebergangszeit hier und da notwendigen Mehrinvestitionen von Kapital tragen nicht allein dem Unternehmer, sondern dem ganzen Volke die reichlichsten Zinsen.

Aus Arbeitgeberkreisen.

Sie wollen nicht! Nicht den sozialen Frieden, den sie selbst als so bitter notwendig bezeichnen. Betonen unsere deutschen Arbeitgeber nicht hundertmal, daß nur ein friedliches Verhältnis zwischen Unternehmern und Arbeitern eine dauernde Blüte unseres Gewerbes garantieren könne? Im Namen des Friedens aber schüren sie die Gegensätze zwischen den beiden Trägern unseres Wirtschaftslebens, suchen sie die Brücken niederzureißen, die die beiden einander näher bringen könnten. Der „soziale Friede“ im Sinne mancher deutscher Arbeitgeber ist ein blutiger Hohn auf den Begriff „Friede“, ist nichts anders als eine permanente Revolution der arbeitenden Klassen.

In der Verfolgung ihrer „Friedens“-Zwecke stehen sie ihren Antipoden, den Sozialdemokraten, in keiner Hinsicht nach. Daß man es mit sogenannten „Gebildeten“ zu tun hat, merkt man weder an der Sprache mancher Arbeitgeber-Zeitungen noch an der Art ihrer Propaganda.

Was soll man z. B. sagen, wenn man nach dem Bericht der „Deutschen Industrie-Zeitung“ (Nr. 6), dem offiziellen Organ des Zentralverbandes, in einem Referat über die kurz vor Weihnachten angenommene Gewerbeordnungsnovelle, die als hauptsächlichsten sozialpolitischen Fortschritt den Zehnstundentag für Arbeiterinnen bringt, den Reichstagsabgeordneten gewissermaßen zwischen den Zeilen der Vorwurf gemacht wird, sie hätten die Tragweite dieser Maßregel nicht gewissenhaft genug geprüft. „Die tatsächlichen Verhältnisse sind den Herren Abgeordneten nicht nur fremd, sondern gänzlich gleichgültig.“ Oder wenn dem Reichstag allgemein vorgehalten wird, daß er bei jeder andern „Lumperei“ Enqueten anstelle, aber bei einer so tief einschneidenden Maßnahme, wie sie der Zehnstundentag für Arbeiterinnen darstelle, die beteiligten Kreise nicht einmal gehört habe? Das ist nicht etwa eine in Unwillen unüberlegt hingeworfene Behauptung, sondern eine direkte Unwahrheit. Seit etwa zehn Jahren beschäftigt diese Frage des Zehnstundentages die breite Oeffentlichkeit; durch mehrmalige eingehende Untersuchungen um die Jahrhundertwende herum, bei denen auch die einzelnen Arbeitgeber sowie die Handelskammern seitens der Gewerbeaufsichtsbeamten befragt worden, ist die Frage des Zehnstundentages mit aller Gewissenhaftigkeit und dem Erfolge geprüft worden, daß sich 1902 von insgesamt 84 Beamten 66 für die Durchführbarkeit des Zehnstundentages ohne besonderen dauernden Schaden für die Industrie aussprachen. Die Verbände der Industriellen — auch der Zentralverband — haben sich wiederholt mit der Einführung des zehnstündigen Arbeitstages für Arbeiterinnen befaßt und ihre bezügliche Meinung der Oeffentlichkeit und der Regierung kundgegeben. Was sollten da noch weitere Enqueten?

Aehnlichen Geist atmeten die Verhandlungen der Delegiertenversammlung des Zentralverbandes deutscher Industrieller über den dem Reichstag vorliegenden Arbeitskammer-Gesetzentwurf, die eine scharfe Kampfesstimmung gegen die Regierung und den Reichstag erkennen ließen. Obwohl man den Eindruck gewinnt, daß auch die Herren vom Zentralverband deutscher Industrieller sich den einleuchtenden Ausführungen des Staatssekretärs des Reichsamts des Innern, Dr. von Bethmann-Hollweg, zu der Begründung des Regierungsentwurfs nicht ganz entziehen konnten, so liefen doch die auf der Tagung gemachten Darlegungen auf den Schluß hinaus: In bezug auf die Arbeitskammern gibt es kein Kompromiß! Und die Begründung: — die Kammern dienten nicht dem Frieden, sondern dem Kampf! Eine wirklich durchschlagende Motivierung für diesen Standpunkt sucht man vergebens. Alle Erfahrungen, die man bisher in den Verwaltungskörpern der sozialen Gesetzgebung, wo Arbeitgeber und Arbeitnehmer bezw. deren Vertreter zusammenkommen, gemacht hat, deuten aber nicht auf den Kampf hin, sondern auf das Gegenteil, auf soziale Verständigung. Zum gleichen Ziele führen auch die großen Organisationen auf beiden Seiten. Mußte doch selbst unter dem Zwang der Tatsachen die „Deutsche Arbeitgeber-Zeitung“ (Nr. 3) vor ein paar Tagen noch zugeben:

„Die Pflege des Friedens zwischen den Arbeitgebern und Arbeitnehmern fällt unter der Herrschaft der Koalitionsfreiheit den großen Organisationen dieser beiden Berufsklassen zu; sie sind es, die den wilden und kopflos geführten Kämpfen von ehedem ein Ziel setzen. Das ist ein Ergebnis der Koalitionsfreiheit, das wir selbst noch vor wenigen Jahren nicht voraussehen konnten.“

Der Zentralverband deutscher Industrieller aber ist entgegengesetzter Meinung; er wittert in dieser Entwicklung nicht Frieden, sondern Kampf. Muß man da nicht annehmen, daß der Zentralverband von einer vorgefaßten Meinung ausgeht, die auf dem allbekannten Herrenstandpunkt beruht, der ein Paktieren mit dem Arbeitnehmer — also auch in Arbeitskammern — einfach nicht will?

Und muß es da nicht wie blutiger Hohn erscheinen, daß diese Herren angeblich die Kammern deshalb ablehnen, weil sie nicht dem Frieden dienen sollen. Haben diese Leute denn noch ein Fünkchen von Berechtigung, den sozialen Frieden vorzugeben bei ihrer Bekämpfung sozialer Arbeit?

Allgemeine Rundschau.

Soziale Wahlen.

Gewerbegerichtswahl in Neustadt O.-Schl. Nachdem die sechsjährige Wahlperiode abgelaufen war, fand am 5. Februar 1909 wieder die Wahl der Beisitzer zum Gewerbegericht für Neustadt (O.-Schl.) statt. Einem Antrage des Ortskartells der christlichen Gewerkschaften, welchen dieses im vorigen Jahre an zuständiger Stelle gestellt hatte, war stattgegeben worden, indem die Wahlzeit dem Antrage gemäß auf die Zeit von 11 Uhr vormittags bis 2 Uhr nachmittags und von 5 Uhr nachmittags bis 8 Uhr abends festgesetzt wurde. Die Wahlbeteiligung war eine sehr starke. Die „freien“ Gewerkschaften entfalteten am Wahltage selbst eine überaus rege Agitation, und gelang es ihnen, 324 Stimmen auf ihre Kandidaten zu vereinigen. Die vom „sozialen Ausschuß“ aufgestellten Kandidaten erhielten 467 Stimmen und waren somit gewählt. Das Resultat wäre jedenfalls noch günstiger gewesen, wenn von den Mitgliedern der dem sozialen Ausschusse angeschlossenen Vereine die ausgegebene Parole mehr berücksichtigt worden wäre.

* * *

Gewerbegerichtswahlen in Mülhausen i. E. Am 7. Februar wurden die Beisitzerwahlen zum Gewerbegericht vorgenommen. Auf die Liste der christlichen Gewerkschaften entfielen hierbei 2200 Stimmen, während die Liste der sozialdemokratischen Gewerkschaften rund 3400 Stimmen erreichte. Letztere ist somit gewählt. Bei der letzten Gewerbegerichtswahl erhielten die „Freien“ rund 2500, die Christlichen rund 1600 Stimmen. Hiernach ist ein Stimmenzuwachs der ersteren um 35%, der letzteren um 33% zu verzeichnen. Das Resultat beweist, daß die christliche Arbeiterbewegung auch in Mülhausen vorwärts marschiert und sich bereits eine achtunggebietende Stellung errungen hat. Trotz der starken Stimmenzahl, welche die christliche Arbeiterschaft auf ihrer Liste vereinigte, erhält jetzt letztere keinerlei Vertretung am Gewerbegericht. Hoffentlich wird durch Ausdehnung der reichsgesetzlichen Bestimmungen auf die elsaß-lothringischen Gewerbegerichte die Einführung der Verhältniswahl in Bälde ermöglicht, damit auch die christlich gesinnte Arbeiterschaft endlich eine ihrer Stärke entsprechende Vertretung am Gewerbegericht erhält.

Allgemeines.

Auswanderungswesen. Für die Handhabung einer nationalen Auswanderungspolitik ist ein richtiges Auskunftsinstitut einer der wichtigsten Faktoren. Nach Ansicht des Reichstags soll durch die Auskunftserteilung an Auswanderungslustige der Strom der Auswanderer möglichst nach solchen Gegenden gelenkt werden, in denen neben günstigen Erwerbsgelegenheiten für die Auswanderer die meiste Aussicht auf die Erhaltung ihres Deutschtums und auf günstige Beziehungen mit der alten Heimat vorhanden ist. Seit sechs Jahren besteht nun unter dem Namen „Zentral-Auskunftsstelle für Auswanderer“ ein Auskunftsinstitut. Von der deutschen Kolonialgesellschaft mit dem Sitze in Berlin errichtet, untersteht die Zentralauskunftsstelle der Aufsicht des Reichskanzlers bezw. dem Auswärtigen Amt.

Soeben ist von dieser der Geschäftsbericht für die Zeit vom 1. Oktober 1907 bis 30. September 1908 vorgelegt worden. Demselben ist zu entnehmen, daß die Zentralauskunftsstelle eines steigenden Zuspruchs sich erfreut. Sie hatte 2000 Anfragen mehr als im Vorjahre, im ganzen 9547 Anfragen zu beantworten. Die Zahl der Auswanderer ist jedoch zurückgegangen. Es sind in dem oben angegebenen Zeitraum ausgewandert 28850 Personen gegen 30442 Personen in derselben Zeit des Vorjahres. Die Abnahme ist auf die ungünstige Wirtschaftslage in den anderen Ländern, namentlich in den Vereinigten Staaten von Nord-Amerika, zurückzuführen. Die Wirtschaftskrisis in Großbritannien und Irland dagegen macht sich durch eine gewaltige Steigerung der Auswandererziffern sehr bemerkbar. Im Jahre 1906 wanderten aus Großbritannien 194671 Personen aus, 1907 dagegen 395447 Personen.

Der starke Konjunkturrückgang in Amerika hatte eine abnorm hohe Steigerung auch der Rückwanderung zur Folge. Aus dem Berichte für Reichskommissare für das Auswanderungswesen 1907 ist darüber zu entnehmen: Im Jahre 1907 sind mit den Dampfern des Norddeutschen Lloyd von außereuropäischen Ländern nach Bremen 68819 Zwischendeckpassagiere befördert worden, 27584 mehr als im Jahre 1906. Der Personenverkehr auf der Rückreise vollzog sich über Hamburg wie folgt: New-York—Hamburg: Kajüte 17110 Personen, III. Klasse 5787 Personen, Zwischendeck 41708 Personen, zusammen also 64605 Personen. Von England nach Hamburg kamen 934, von Frankreich 412 Personen. Von Westindien, Mexiko, Brasilien und Argentinien kamen 1633 Personen über Hamburg zurück; aus Ostasien 203 Personen.

Aus dem Bericht der Zentralauskunftsstelle interessieren besonders die Angaben über das Alter und über die Berufsangehörigkeit der Auswanderungslustigen. Inbezug auf das Alter ist festgestellt, daß unter den Auswanderungslustigen die Altersklasse von 20 bis 30 Jahren weitaus am stärksten vertreten ist, an zweiter Stelle folgt die Altersklasse von 30 bis 40 Jahren. Nach der Berufsangehörigkeit waren die Handwerker mit 2173 Personen am stärksten vertreten. Darunter waren 346 Schlosser, 250 Tischler, 240 Maurer, 119 Zimmerleute. An zweiter Stelle folgen die Kaufleute mit 1803, sodann die Landwirte und Gärtner mit 1378, die Architekten, Ingenieure und Techniker mit 494, die Arbeiter mit 360, die Offiziere mit 125, die Bureaubeamten mit 114, die Studenten mit 110, die Eisenbahnbeamten mit 78, die Lehrer mit 66, die Bergleute mit 63, die Bankbeamten mit 53, die Forstbeamten mit 45, die Aerzte mit 41 usw. 616 Anfragen rührten von Frauen und Mädchen her, meist Dienstboten, Kontoristinnen (81), Lehrerinnen und Erzieherinnen (67).

Mitteilungen über die ihnen zur Verfügung stehenden Mittel machten von den Anfragenden 3519. Von diesen bezeichneten sich 794 als mittellos und 721 verfügten über weniger als 1000 Mk., d. h. in den meisten Fällen über wenig mehr als die Mittel zur Reise nach dem Auswanderungsziel. Von den übrigen besaßen rund 1000 Mk.: 155, 1000 bis 3000 Mk.: 497, 3000 bis 6000 Mk.: 299, 6000 bis 10000 Mk.: 198, 10000 bis 15000 Mk.: 148, 15000 bis 20000 Mk.: 117, 20000 bis 30000 Mk.: 102, 30000 bis 50000 Mk.: 86, 50000 bis 100000 Mk.: 0. Siebenzig der Auswanderungslustigen hatten ein Vermögen von über 100000 Mk. bis 500000 Mk.

Erwähnt sei noch, daß sämtliche Auskünfte der Zentralauskunftsstelle nur in deutscher Sprache, jedoch völlig kostenlos, erteilt werden. Bemerkenswert ist auch folgende Auslassung im Bericht: „Die Zentralauskunftsstelle für Auswanderer legt sich daher bei der Empfehlung von Deutsch-Südwestafrika die äußerste Zurückhaltung auf.“ Den Auswanderungslustigen in unseren Gewerkschaften aber möchten wir den Rat geben, ebenfalls zurückzuhalten mit der Ausführung ihrer Pläne, denn rosig ist die Wirtschaftslage gegenwärtig nirgends. S. P.

Briefkasten.

Jutearbeiter in D. Deine Zuschrift erscheint uns ungeeignet zur Aufnahme. Wir werden sie jedoch aufbewahren und für evtl. Fälle verwerten. Gruß. — **Giesenkirchen.** Annonymes können wir nicht berücksichtigen. Uebrigens konnten wir aus der Karte mit dem besten Willen nicht recht klug werden. Was wünschest du eigentlich? Stelle deine Frage doch deutlich und verschweige den Namen nicht. — **Lechhausen.** Der Anteil der Ortskassen von den ordentlichen Einnahmen ist für alle Ortsgruppen gleich. Er beträgt vom 1. April an 12 Prozent. Einerlei, ob für die Ortsgruppe ein Lokalbeamter angestellt ist oder nicht. Siehe § 16 Absatz c der neuen Geschäftsordnung. Gruß.

Versammlungskalender.

Atzenbach. 27. Febr., ½8 Uhr, im Schützensaal.
Bocholt. Dienstag Abend bei Imping Unterrichtskursus.
— 7. März, 11½ Uhr, bei Imping.
Borghorst. 4. März, Unterrichtskursus.
— 7. März, Kohlenkasse.
— 14. März, Mitgliederversammlung.
Barmen. 27. Febr., 8½ Uhr, im Höhnerhof.
Borghorst. 28. Febr., Vertrauensmännerversammlung.
Dersaing 27. Febr., 8½ Uhr, bei Carl Rölle
Euskirchen. 7. März, ½6 Uhr, bei Johann Heeg, Generalversammlung.
Epe. 28. Febr., 4 Uhr, bei G. Racke.
— 1. März, 8 Uhr, bei G. Racke, Unterrichtskursus.
Gronau i. W. 28. Febr., 11½ Uhr, bei Borlinghaus.
Gera (Reuß). 2. März, 8½ Uhr, im Hotel Kronprinz.
Rheydt. 6. März, 8½ Uhr, bei Wißner in Geneiken.
M.-Gladbach-Eicken. 7. März, 6 Uhr, bei Severin Reumers, Eckenerstr.
M.-Gladbach-Lürrip. 28. Febr., 6 Uhr, bei Bet Hüsser.
Hochneukirch. 28. Febr., ½6 Uhr, bei August Klein.
Neunkirchen. 28. Febr., 11½ Uhr, bei Emil Jörling, Vorstands-, Vertrauensmänner- u. Ausschuß-Versamml.
Neuwerk. 7. März, 6 Uhr, bei Anton Kommerskirchen.
Neustadt O.-S. (Sektion Buchelsdorf) 28. Febr., 4 Uhr, beim Gastwirt Wetz, Buchelsdorf bei Neustadt O.-S. General-Versammlung.
Odenkirchen. 28. Febr., 11 Uhr, bei W. Peters in Dohr, öffentliche Versammlung.
— 21. März, 6 Uhr, im Deutschen Eck in Odenkirchen, öffentliche Versammlung.
Oerlantenheide. 28. Febr., 4½ Uhr, bei Jakob Kahlen.
Werden (Ruhr). 27. Febr., ½9 Uhr, „Zur Krone“ am Markt.
Würselen. 14. März, 5½ Uhr, bei Werner Leuchter, Aachenerstr.
Willich. 28. Febr., 6 Uhr, bei Mathias Röggeś.
Waldhausen. 28. Febr., 6 Uhr, bei Johann von der Burg, außerordentliche Generalversammlung.

Verloren

gegangen sind der Ortsgruppe Mülheim a. Rh. folgende Mitgliedsbücher:

Stammbuch-Nr.	Ortsgr.-Nr.	Name	Geburtsjahr	Beruf	Datum des Beitritts	Beitragsklasse
2237[illegible]	1	W. Stefens	1868	Weber	11. 8. 99	40 Pf.
225[illegible]	16	J. Engstenberg	1868	„	30. 6. 06	40 „
550[illegible]	17	W. Görres	1863	„	30. 6. 05	40 „
4441[illegible]	40	H. Klein	1857	„	1. 5. 99	30 „

Diese Bücher werden hiermit für ungültig erklärt. Sollten dieselben in anderen Ortsgruppen vorgezeigt werden, so sind dieselben einzubehalten und der Zentralstelle einzusenden.

Mit kollegialem Gruß

Joh. Eisterich.

Literarisches.

Posadowsky als Sozialpolitiker. Der Berliner Kongreß der christlich-nationalen Arbeiter (Oktober 1907) gab seinem Ausschuß den Auftrag, die Posadowsky'sche Aera der deutschen Sozialpolitik durch eine fachmännische Feder darstellen zu lassen. Während der Amtsdauer Posadowskys als Staatssekretär hielt dieser bekanntlich über die verschiedenen sozialpolitischen Materien hochbedeutsame Reden, um deren Gründlichkeit und Sachkenntnis Posadowsky in weiten Kreisen bewundert wurde. Diese Reden und Gedanken liegen in den Parlamentsakten vergraben, ohne daß weitere Kreise Anregungen und Nutzen aus ihnen ziehen können. Sie einer größeren Oeffentlichkeit zugänglich zu machen, erschien dem Ausschuß des deutschen Arbeiterkongresses in Gemeinschaft mit führenden Sozialpolitikern zweckdienlich und ratsam. Auch noch ein anderer Grund bestimmte die genannten Kreise zur Herausgabe einer Schrift über Posadowsky: Seit der leidigen 12000 Mk.-Affäre konnte man in steigendem Maße beobachten, wie Staatssekretär Graf Posadowsky ehrlich zur Fortführung der deutschen Sozialreform bestrebt war und wie er sich dieserhalb im Lager der Scharfmacher die stärksten Anfeindungen zuzog. Deren Einfluß war es schließlich auch hauptsächlich zuzuschreiben, daß aus den letzten Jahren der Posadowsky'schen Amtstätigkeit größere positive Leistungen auf dem Gebiete der gesetzlichen Sozialreform nicht mehr zu verzeichnen waren. Und ein Mann, der, nachdem er sich zur Anerkennung der Notwendigkeit der gesetzlichen Sozialreform durchgerungen, trotz aller Anfeindungen ehrlich für die unteren Volksklassen arbeitete, verdient von diesen auch vor der Geschichte geehrt zu werden. Aus den dargelegten Gründen ist die soeben erschienene Schrift*) zustande gekommen. Die Schrift, die lebendig geschrieben ist, führt in gedrängter Kürze die sozialpolitischen Strömungen der letzten Jahrzehnte vor Augen und klärt eine Anzahl Zusammenhänge auf, die seither, selbst sozialpolitischen Kreisen, fremd gewesen sein dürften. Sie verdient daher weiteste Verbreitung. Weiteres zur Beurteilung der Schrift bietet das folgende Inhaltsverzeichnis.

Inhalt: Vorwort. **Kap. I: Die Vorgeschichte der Aera Posadowsky (Die Sozialpolitik des Deutschen Reiches von 1881 bis 1897).**

(Die drei Epochen der Sozialpolitik des Reichs - Des Fürsten Bismarcks Verdienst um die Arbeiterversicherung - Bismarck als Sozialpolitiker - Das Sozialistengesetz - Bismarcks Beurteilung der Sozialdemokratie - Seine Stellung zum staatlichen Arbeiterschutze - Der Normalarbeitstag - Der internationale Arbeiterschutz - Der Einfluß des wirtschaftlichen Aufschwungs auf die Sozialpolitik - Die individuelle Freiheit - Die Vorgeschichte der staatlichen Arbeiterversicherung - Das Unfallversicherungsgesetz - Kranken-, Alters- und Invaliditätsversicherung - Der Staatssekretär Dr. von Bötticher - Bismarckworte - Bismarck und Kaiser Wilhelm II. Der Freiherr von Berlepsch - Die Februarerlasse - Die Interpretation des einen Februarerlasses - Die internationale Arbeiterschutzkonferenz - Der neue Kurs der Sozialpolitik - Die Gewerbeordnungsnovelle von 1890/91 - Vom Kontraktbruche - Ein Stück Arbeitertrutz - Die Schaffung der Gewerbegerichte - Das Zwangsprinzip im Arbeiterschutze - Berlepsch' Stellung zum Maximalarbeitstage - Neue Paragraphen der Gewerbeordnung - Die Bedeutung des Reichstags für die Sozialpolitik - Die Aera Stumm - Die Umsturzvorlage - Berlepsch und Stumm - Der Kampf gegen den Geist der Umsturzvorlage - Die Bäckereiverordnung - Neue Männer.)

Kap. II: Lebensgang und Wirken des Grafen Posadowsky bis zu seiner Ernennung zum Staatssekretär des Innern.

(Graf Posadowsky als Landrat und Landeshauptmann, als Synodale, als volkswirtschaftlicher Schriftsteller - Das Andenken Posadowskys in Posen - Mitglied des Abgeordnetenhauses - Der Posten eines Staatssekretärs des Reichsschatzamtes - Posadowsky und Miquel - Reichsfinanzreform damals und heute - Der Tabaksteuerentwurf - Matrikularbeiträge und Ueberweisungen - Die zwei Lecke im Staatsschiffe - Schuldentilgung - Der Schutz der nationalen Arbeit - Die Silberkommission - Der Hafenarbeiterstreik in Hamburg - Der neue Staatssekretär des Innern.)

Kap. III: Posadowsky als Staatssekretär des Innern bis zum Jahre 1900.

(Stillstand in der Sozialpolitik - Posadowskys erste sozialpolitische Rede - Ueber Reglementierung und Zuvielregieren - Bielefeld und Oeynhausen - Das Reskript wegen Streikbekämpfung - Sozialpolitische „Schonzeit“ - Die Opposition der Sozialreformer gegen Posadowsky - Ueber Betriebskonstitutionalismus - Der Aufruf zum Kampfe gegen die Sozialdemokratie - Sozialdemokratie und Arbeiterfrage - Die Bedeutung der Koalitionsfreiheit in den Augen der Arbeiter - Die Thronrede von 1898 - Reichsverdrossenheit - Posadowskys Rede vom 12. Dezember 1898 - Sozialpolitische Fortschritte - Ernst Francke über den neuen Staatssekretär des Innern - Sozialpolitischer Dilettantismus - Die Entstehung sozialpolitischer Gesetze - Die technischen Schwierigkeiten für Fortschritte des Arbeiterschutzes - Posadowskys Reformen der Arbeiterversicherung - Die Reform der Invaliditätsversicherung - Ungleichheiten in der finanziellen Lage der einzelnen Versicherungsanstalten - Posadowsky über Vereinheitlichung des Versicherungswerks - Das Projekt der Rentenstellen - Die Behandlung der Rentenforderungen in der Praxis - Die Organisation der geplanten Rentenstellen - Posadowsky als Meister der sozialpolitischen Kleinarbeit - Abschwächung der Reform der Invaliditätsversicherung durch Bundesrat und Reichstag - Die Erweiterung dieser Reform durch den Reichstag - Staatsanwalt und Arbeiterschaft - Entwurf einer Novelle zur Gewerbeordnung - Stumms Isolierung - Das Gesetz zum Schutze des gewerblichen Arbeitsverhältnisses - Der vorgeschlagene Ersatz des alten § 153 der Gewerbeordnung - Persönliche Freiheit und Koalitionsfreiheit - Die Fehler der Vorlage - Ihre Ablehnung im Reichstage - Neue sozialpolitische Pläne aus dem Herbste 1899 - Verantwortliche und unverantwortliche Sozialpolitiker - Heimarbeiterschutz - Posadowsky und die Konservativen - Vom „starken Manne“ - Das klare Arbeitsprogramm des Staatssekretärs - Die Unfallversicherungsnovelle - Ihr Kreis der Versicherten - Die Behandlung der Reformen zur Unfallversicherung 1896 und 1900 - Die Seemannsordnung - Posadowsky und seine Räte - Die 12000 Mark-Angelegenheit - Herrn Buecks Brief - Die Interpellation Albrecht und Genossen - Der neue Reichskanzler - Posadowsky und der Zentralverband deutscher Industrieller - Die stille Krisis 1900/01.)

Kap. IV: Posadowsky als Staatssekretär des Innern in den Jahren 1901—1907.

(Im Zeichen des wirtschaftlichen Niederganges - Die Lex Trimborn - Zur Wohnungsreform - Die Grundsteinlegung zum Posadowskyhause - Die Rede vom 14. Oktober 1906 - Abteilung für Arbeiterstatistik - Die Sozialdemokratie als Arbeiterpartei - Kinderschutz in der Hausindustrie - Von der Arbeit eigner und fremder Kinder - Der Kampf um den Zolltarif - Landwirtschaft und industrielle Arbeiterschaft - Die öffentlichen Lasten in Stadt und Land - Der Kampf gegen die gewerblichen Gifte - Die Lohnbücher für die Kleider- und Wäschekonfektion - Das Krankenversicherungsgesetz von 1903 - Gamp und Rich. Roesicke - Der Geheimrat Hoffmann - Der Artikel 14 der Krankenversicherungsnovelle - Ueber die Selbstverwaltung der Krankenkassen - Der sozialdemokratische Einfluß auf die Krankenkassen - Vergleich zweier Thronreden - Mittelstandsprobleme - Konservative Angriffe - Reformvorschläge für das Handwerk - Ueberfülle an sozialpolitischen Anträgen - Kaufmannsgerichte - Das nervöse Tempo in der Politik - Vom Rentenfieber - Der Lokomotivführer der Sozialpolitik - Die beiden Aepfel des Herrn Trimborn - Posadowsky über den Maximalarbeitstag - Die Rede vom 7. Februar 1906 - Der zehnstündige Arbeitstag für Frauen - Von der Bekämpfung der Tuberkulose - Das Problem der Arbeitskammern - Arbeiterrecht und Staatsraison - Paragraphengestrüpp - Der getreue Eckart der Nation - Zwei Heimarbeitsausstellungen - Heimarbeiterschutz-Gesetze - Reformvorschläge des Staatssekretärs - Die Rede vom 12. Dezember 1905 - Die Lage der Arbeiterklasse in Deutschland - Die materialistische Weltanschauung - Ernste Worte - Oldenburgs Angriff - Zwei Reden mit verschiedener Tendenz - Die Dankbarkeit in der Politik - Von den christlichen Gewerkschaften - Posadowsky und die nationale Arbeiterbewegung - Die Berufsvereinsvorlage - Die Fehler dieses Entwurfs - Reichstagsauflösung - Unerledigte Aufgaben - Finale - Nochmals die Rechtsfähigkeit der Berufsvereine - Der Arbeitskammer-Entwurf - Die Kodifikation der Versicherungsgesetze - Von den Privatbeamten und Handlungsgehilfen - Die staatliche Pensionsversicherung - Posadowskys Stellung zum Schutze der Arbeitswilligen - Posadowsky und Naumann - Zur Charakteristik Posadowskys - „Auf sich selbst steht er da ganz allein“ - Nachwort - Anhang.)

*) Posadowsky als Sozialpolitiker. Ein Beitrag zur Geschichte der Sozialpolitik des deutschen Reiches. Im Auftrage des zweiten deutschen Arbeiterkongresses dargestellt von Dr. Leopold v. Wiese, Professor der Volkswirtschaftslehre an der Kgl. Technischen Hochschule Hannover. Cöln 1909. Christlicher Gewerkschaftsverlag, Palmstraße 14. 189 Seiten. Geschmackvoll gebunden Preis 4 Mk. Für Mitglieder der christlich-nationalen Arbeiterbewegung (durch die Vorstände bezogen) 2 Mk. ausschließlich Porto. Bei Bestellungen von über 5 Exemplaren portofrei.

Sterbe-Tafel.

Es starben die Verbandsmitglieder:

Peter Kreuer in Eupen.
Heinrich Uhlending in Dülmen.
Frau Wilhelm Honnen in Anrath.
Jakob Kirchhofen in M.-Gladbach.
Sophia Reisen in Wegberg.
Karl Pölls in Krefeld.
Hermann Wilhelm in Glauchau.
August Wolters in Rheydt.
Friedrich Leeferink in Münster i. W.

Ehre ihrem Andenken!

Textilarbeiter-Zeitung

für die Interessen der Textilarbeiter und -Arbeiterinnen aller Branchen.

Organ des Zentralverbandes christlicher Textilarbeiter Deutschlands.

Redaktion: A. Hentmann in Düsseldorf 51, Corneliusstr. 66. Berichte, kleine Beiträge 2c. sind zunächst an den betr. Bezirksvorsitzenden einzusenden. Sämtliche Beiträge müssen bis Montags abends bei der Redaktion in Düsseldorf eingegangen sein.

Die „Textilarbeiter-Zeitung" erscheint jeden Samstag und kostet vierteljährlich durch die Post bezogen 3,— Mk. Expedition und Druck von Joh. van Acken in Krefeld, Luth. Kirchstraße 65. Fernsprech-Nr. 1358.

Nr. 9. Telegramm-Adr.: Textilverband Düsseldorf. Düsseldorf, den 6. März 1909. Fernsprech-Nummer 4423. 11. Jahrgang.

Inhaltsverzeichnis.

Artikel: Gefährliche Theorien. — Zur Arbeitslosenfrage. — Ein zeitgemäßes Kapitel. — Posadowsky als Sozialpolitiker. — Deutschlands soziale Gliederung. — **Feuilleton:** Für die Frauen. — **Aus dem Verbandsgebiete:** Lohnbewegungen und Arbeitsstreitigkeiten: Colmar i. E. — M.-Gladbach. — Krefeld. — Aus dem Münstertal (Ober-Elsaß). — Berichte aus den Ortsgruppen: Bamberg. — Beuel. — Brand. — Colmar i. E. — Forchheim. — Forst (Lausitz). — Lambrecht. — Ronsdorf. — Sächteln. — Ullersdorf (Schlesien). — Viersen. — **Aus unserer Industrie:** Zur Lage im Textilgewerbe. — **Gewerkschaftliches:** Aus unseren Verbänden: Die christlichen Gewerkschaften sind politische Vereine. — Aus gegnerischen Organisationen: Theorie und Praxis. — Die Berichtigungsdienst des Herrn Vorhölzer. — Hirsch-Dunckersche „Neutralität". — Aus Arbeitgeberkreisen: Warum die Arbeitgeber sich organisieren sollen. — **Allgemeine Rundschau:** Soziale Rechtsprechung: Kann ein gekündigter Arbeitsvertrag durch stillschweigende Vereinbarung als von neuem abgeschlossen betrachtet werden? — Allgemeines: Arbeitslosenzählung in Berlin. — Einwirkung von Armenunterstützung auf öffentliche Rechte — Versammlungskalender. — Anzeigen. — Sterbetafel.

Gefährliche Theorien.

Sind wir wirklich im 20. Jahrhundert? Antworte noch nicht, lieber Leser, sondern lies erst nachstehende Sätze:

„Die Interessen der arbeitenden Klassen sind, soweit dies auf dem Gebiete des bürgerlichen Rechts möglich ist, in weitestgehender Weise berücksichtigt." — „Will man wegen der Berücksichtigung der besonderen Verhältnisse beim Dienstvertrage von einem Klassenrechte sprechen, so würde es ein Klassenrecht zugunsten der arbeitenden Klassen sein."

Kann das im 20. Jahrhundert geschrieben sein? Man faßt sich an den Kopf und fragt sich: Leben wir denn auf dem Mond? — Aber es sagt alles nichts: die Sätze sind im Jahre des Heils 1909 geschrieben. Und das nicht einmal von einem „spinnenden" Phantasten, sondern von Herrn Wirklichen Geheimen Rat Professor Dr. Planck zu Göttingen, dem Inhaber eines Lehrstuhles für deutsche Rechtswissenschaft. Grund genug, auf die Gefahr solcher Theorien den alarmierenden Scheinwerfer der Kritik zu lenken. Denn dem Rechtslehrer da zu Füßen sitzen jene, die unsere künftigen Richter sein werden. Wie sollen sie sozial richten können, wenn sie in dem Arbeiter — es ist zu ernst, um zu lachen! — das Glied einer vom Recht begünstigten Klasse erblicken.

Das ist der Fluch der Ueberspannung der Theorie und der überreizten Lust, „originell" zu deuten. Warum läßt man nicht den „gesunden Menschenverstand" Wegweiser sein? Der würde, wie es in der „Hilfe" geschieht, sagen: „Wenn bezüglich des Dienstvertrages Sondervorschriften notwendig sind, die von den allgemeinen Rechtsgrundsätzen abweichen, so beweist das nicht, daß die arbeitenden Klassen vor anderen Staatsbürgern bevorzugt werden sollen, sondern es beweist nur, daß unsere allgemeinen Rechtsgrundsätze miserabel sind ... Worin besteht der Klassen-Charakter nach Plancks Ausführungen? Darin, daß die Vertragsfreiheit durch Staatsgewalt eingeschränkt wird. Und zwar werden Schranken auferlegt der Möglichkeit einer Unterdrückung der Persönlichkeit durch das Vermögen. Das erste große Klassengesetz zugunsten der Arbeitnehmer war das Verbot der Sklaverei, das nächste die Aufhebung der Leibeigenschaft, jetzt arbeiten wir mühsam an einer dritten ähnlichen Begünstigung der Arbeiterklassen, an dem Verbot der Möglichkeit von sogenannten Kuli-Verträgen, die den Arbeitnehmer in einer menschenunwürdigen Weise dem Arbeitgeber und seinen Vermögensinteressen ausliefern. Und das ist Klassengesetz? Ja, merkt denn Herr Planck gar nicht, daß er unser heutiges Recht messen will an den Zuständen, die unter dem Sklavenrechte des alten Rom herrschten? Der Klassencharakter einer Gesetzbestimmung kann nicht gemessen werden an den Zuständen einer längst verschollenen Zeit, sondern nur an den Anschauungen der Gegenwart ..... Klassenrecht ist ein Recht, welches im Widerspruch mit unsern heutigen Ueberzeugungen eine Klasse zum Schaden der andern ungebührlich bevorzugt.

In der Stellung des Arbeitnehmers zum Staate aber hat sich seit den Zeiten, in denen Herr Planck lebt, eine gewaltige Wandlung vollzogen, die doch auch an unsern Universitäten nicht unbemerkt vorübergegangen sein dürfte. Der Sklave war ein Haustier, der Hörige ein Untertan, der heutige Arbeiter ist ein Staatsbürger ....."

Wenn's nur um den einen Träumer allein zu tun wäre, könnte man ihm schon das Vergnügen gönnen, in der Toga des römischen Rechts ehrers die Traumwanderung im Rom der Zasaren fortzusetzen. „Aber jammern kann einen das Volk, auf das solche römische Richter losgelassen werden."

Arbeiter, erinnert jene weltfremden Träumer daran, daß ihr nicht an das traumlockende Halbdunkel der Gelehrtenstube gewöhnt seid, sondern überall nach Licht ringt.

Zur Arbeitslosenfrage.

II.

Wer den Arbeitslosen helfen will, muß ihnen allgemein zu helfen suchen. Für einen Teil der Gewerkschaftler liegt die Gefahr nahe, daß dies aus den Augen gelassen wird, für jenen nämlich, der die Arbeitslosenunterstützung agitatorisch ausnützen zu können hofft. Für die unter der großindustriellen Arbeiterschaft wirkenden Agitatoren bedeutet die Arbeitslosenunterstützung in gewissem Sinne einen Ersatz für die ständig sprudelnde Agitationsquelle, die ihren Kollegen in den anderen (speziell in den Bau-) Berufen in der Tarifbewegung zur Verfügung steht. Sie befürchten daher, durch die Einführung einer allgemeinen Arbeitslosenversicherung eine Schädigung des Gewerkschaftsgedankens herbeigeführt zu sehen. Für die Bau- und sonstigen Saisonberufe dagegen kann nur eine allgemeine Versicherung in Frage kommen, da bei ihnen für eine gewerkschaftliche Arbeitslosenunterstützung das Risiko ein derart hohes ist, daß sich ihm mit den für absehbare Zeit erhebbaren Beiträgen nicht beikommen läßt.

Ob aber die Entwicklung nicht von selbst zur Zwangsversicherung treiben wird? Der Gedanke an die großen Massen der Landarbeiter, der Saison- und Wanderarbeiter, die aus den ärmsten Gegenden stammen und nach Beendigung der Saison arbeitslos in die arme Heimat zurückkehren, läßt kaum einen anderen Ausweg offen. Diese Heimat-Gemeinden aber können zweifellos die Lasten einer Arbeitslosenunterstützung unmöglich auf sich nehmen. Soll nicht da der Staat zur Anerkennung der konservierenden Bedeutung der Gewerkschaften gezwungen werden, indem öffentliche und gewerkschaftliche Unterstützung verschmolzen, die Gewerkschaften zu Trägern der Versicherung gegen Arbeitslosigkeit gemacht und die Arbeiter zum Eintritt in dieselben aufgefordert werden? Eine gewisse Analogie zwischen dieser Versicherung und derjenigen gegen Krankheit, Invalidität usw. ist unverkennbar. Es liegt daher nahe, eine analoge Regelung zu empfehlen.

So nahe in dieser Weise die Verwirklichung der weitgreifenden Projekten liegt, die Konferenz ließ sich von dem gesteckten Ziel nicht abbringen: es galt Vorschläge zu machen für die Einführung eines Versicherungssystems, dessen Durchführung bei den heute gegebenen Verhältnissen durchaus möglich ist und das immer die Möglichkeit zu weiterem Ausbau im Sinne der als Ideal betrachteten Reichsarbeitslosenversicherung offen läßt. Ein solches System aber läßt sich durch die Kombinierung der dem Cölner und dem Genter System eigentümlichen, wesentlichen Einrichtungen aufstellen. Davon ausgehend schlägt die Konferenz vor:

Die Einführung einer gemeindlichen Arbeitslosenversicherung, die zur Grundlage die freiwillige Versicherung hat und die Versicherung durch die Gewerkschaften in keiner Weise ausschließt oder erschwert. Die Gemeinde garantiert den der gewerkschaftlichen Versicherungskasse angehörenden Arbeitslosen einen bestimmten Zuschuß zu der gewerkschaftlichen Unterstützung, und den nichtorganisierten Arbeitslosen eine Unterstützung in der Höhe dieses Zuschusses.

Die Konferenz geht dabei insbesondere noch von folgenden Erwägungen aus:

Die Bestellung der Gewerkschaften zu Trägern der Versicherung würde, neben einer Reihe von Vorteilen, doch auch manche Gefahren in sich bergen. Letztere ergeben sich speziell aus der Kontrolle, der sich die Gewerkschaften würden unterwerfen müssen und die in gleichem Maße zu dem Anwachsen der Ansprüche eine Verschärfung erfahren würde. Unsere Verhältnisse aber lassen es vorläufig nicht ratsam erscheinen, sich freiwillig unter eine solche Kontrolle zu begeben.

Durch die Offenlassung der Versicherungsmöglichkeit für Nichtorganisierte ist eine Schädigung der Gewerkschaften nicht zu befürchten. Zunächst wird von dieser Versicherung erfahrungsgemäß nur wenig Gebrauch gemacht; dann aber ist der zu erwartende Unterstützungsbetrag von vornherein auf eine derart geringe Höhe beschränkt, daß dadurch die übrigen, durch die Gewerkschaften gebotenen Vorteile an Zugkraft nichts einbüßen — und schließlich hat auch die Gewerkschaft die unausgesetzte Agitation für sich, zu deren Entfaltung anderen Faktoren sowohl das Interesse, als auch die geeigneten Mittel fehlen.

Der gemeindlicherseits zu gewährende Zuschuß muß in allen Fällen ein gleichmäßiger sein, ähnlich wie der Reichszuschuß von 50 Mk. zur Invaliditätsversicherung, oder die Festsetzung eines bestimmten Prozentsatzes von dem Unterstützungsbetrag der einzelnen Gewerkschaften.

Gegen die Einführung des vorgeschlagenen Systems können gemeindlicherseits Bedenken nicht erhoben werden: Die Gewerkschaften verlangen nichts weiter, als daß sie nicht schlechter gestellt werden, wie die übrigen Versicherten.

Aus taktischen Gründen empfiehlt sich eine Begrenzung des Begriffs „Gewerkschaft" nicht. Selbst bei weitherzigster Auslegung desselben werden die eigentlichen Gewerkschaften von ihrer Zugkraft nichts einbüßen.

Im übrigen bleibt die Regelung der technischen Seite der Frage den Gemeinden selbst überlassen.

Von größter Bedeutung ist schließlich die Aufbringung der Mittel. An der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit hat die Gesamtheit ein Interesse, da sie auch, sei es direkt, sei es indirekt, deren Folgen zu verspüren bekommt. Andrerseits liegen aber die Verhältnisse in den Gemeinden derart, daß stellenweise, wenn die Gemeinde die ganzen Kosten aufbringen müßte, nur einzelne Stände davon betroffen würden. In den Industriestädten speziell würden die gesamten Lasten den Arbeitern und dem Mittelstand aufgebürdet werden, da sich in ihren Mauern die Kapitalisten, selbst wenn sie an der Ortsindustrie aufs lebhafteste interessiert sind, erfahrungsgemäß nicht aufhalten. Hier einen Ausgleich zu schaffen, schlägt die Konferenz die Aufbringung der Kosten durch die Einzelstaaten vor, die sie dann in gerechtem Verhältnis auf die Gemeinden zu verteilen haben. Zu erwägen ist die Einrichtung bestimmter Fonds zu diesem Zwecke, aus denen die Gemeinden entsprechend ihren Bedürfnissen die Zuwendungen erhalten. —

Die Arbeitslosenfrage drängt auf eine schnelle und praktische Lösung hin. Da muß jeder Vorschlag, der eine brauchbare Unterlage bietet, willkommen sein. Unsere Arbeitslosenkonferenz glaubt in ihren Vorschlägen eine solche brauchbare Unterlage zu bieten. Mögen daher die Mitglieder für eine lebhafte Propaganda in ihrem Sinne Sorge tragen!

Ein zeitgemäßes Kapitel.

II.

Die erste und grundlegenste Arbeit zur Einleitung von Bewegungen muß sein, daß die Kollegen sich an ihrem Orte aus allen Betrieben und von allen Hauptartikeln genaue Lohnangaben verschaffen. Diese Arbeit erfordert viel Umsicht und Geschick und sind nur die zuverlässigsten Leute aus den einzelnen Betrieben mit der Besorgung des Materials zu betrauen.

Das so gewonnene Material ist zusammenzustellen, zu sichten und zu ordnen. Wird so allerorten verfahren, so ist es den Kollegen ein leichtes, bei einer eventuellen Lohnbewegung die zuverlässigsten Angaben über die Konkurrenzlöhne zu beschaffen. Können die Kollegen nachweisen, daß an anderen Orten für den gleichen Artikel höhere Löhne gezahlt werden, so bietet ihnen das eine vorzügliche Waffe, besonders zur Gewinnung der öffentlichen Meinung.

„Aber wenn sich das Gegenteil herausstellt", so höre ich die Kollegen fragen, „wenn es sich zeigt, daß an unserm Orte tatsächlich die höchsten Löhne für diese und jene Ware bezahlt werden?" Nun, dann wird man in der Regel klug tun, für schlechter bezahlte Artikel zuerst Aufbesserung zu fordern und den Kollegen der betreffenden Konkurrenzplätze durch Uebermittelung der Lohnsätze den Kampf um die Erringung wenigstens der gleichen Löhne behilflich sein. Immer muß unser Augenmerk auf die Bekämpfung der Schmutzkonkurrenz im Gewerbe gerichtet sein, wenn wir wirkliche und dauernde Erfolge für die Arbeiter erringen wollen.

In Vorstands- und Vertrauensmännersitzungen müssen die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der einzelnen Betriebe besprochen werden. Ein Vergleich der Löhne miteinander wird dann leicht ergeben, in welchen Betrieben und auf welchen Artikeln eine Aufbesserung mit Aussicht auf Erfolg erstrebt werden kann. Ist man sich darüber klar geworden — natürlich ist zu solchen Beratungen der Bezirksleiter zuzuziehen — so beruft man die Arbeiter der betreffenden Betriebe zu einer Fabrikbesprechung zusammen. Beweist man den Leuten, daß es sich um speziell ihre Angelegenheiten handelt und zeigt ihn anhand zuverlässiger Lohntabellen, daß sie für die gleiche Arbeit geringer entlohnt werden als die Arbeiter anderwärts, so wird ihr Interesse ganz naturgemäß rege. Es muß ihnen aber auch mit aller Deutlichkeit gesagt werden, daß diejenigen keine Unterstützung zu gewärtigen haben, welche den Verband nur zur Stunde der Not kennen.

Bei dem bisher Gesagten handelt es sich um Aufgaben, die bei eintretendem bessern Geschäftsgang bereits erledigt sein müssen.

Gewiß wird manchen Ortsgruppenvorständen dadurch ein Mehr von Arbeit aufgebürdet, aber diese Arbeit muß unbedingt geleistet werden.

Kollegen, bedenkt, daß wir auch in der Textilindustrie einem fest geschlossenen Arbeitgebertum gegenüberstehen. Und die große Mehrzahl der deutschen Textilindustriellen ist nicht von sozialer Einsicht und von Rücksichtnahme auf berechtigte Arbeiterwünsche angekränkelt. Das hat sich auch jetzt wieder durch deren ablehnende Stellungnahme zu dem vom Reichstage angenommenen Arbeitskammer-Gesetzentwurf gezeigt.

Die heutige schlechte Zeit stellt wichtige Anforderungen an uns Gewerkschaftler, wenn wir die kommende bessere Zeit ausnutzen wollen.

Darum auf Kollegen und Kolleginnen allerwärts! an die Arbeit! Es gilt ein großes Werk zu vollbringen, es gilt die Hebung unseres Standes!

Posadowsky als Sozialpolitiker.

I.

Als der Staatsminister Graf Posadowsky im Jahre 1907 bald nach den Reichswahlen um seinen Abschied einkommen mußte, da hat das in Kreisen der nationalen Arbeiter und Sozialpolitiker Ueberraschung, Befremden und Unwillen hervorgerufen.

Der Minister für Sozialpolitik, der Graf im Barte, hatte der Arbeiterschaft innerlich näher gestanden als ein Minister vor ihm. Ihm hatte die Zeit mit ihren sozialen Erscheinungen den Blick geweitet und die Kraft gestählt für die Ausübung des wichtigen Amtes eines deutschen Sozial-Ministers, dem er rund 10 Jahre seine bedeutende Kraft widmen konnte. Von allen Staatssekretären ist es bis jetzt dem Grafen Posadowsky noch am besten gelungen, die Notwendigkeit und Gerechtigkeit der Arbeiterforderungen am allgemeinen Staatswohl abzumessen und unter dem Gesichtspunkte einer großzügigen Staatspolitik eine ehrliche und aufrichtige Arbeiterpolitik zu betreiben, die frei ist von allen Hintergedanken. Seine Reden waren „frei von bureaukratischer Enge", es fehlte ihnen nicht „der große einheitliche Hintergrund einer geschlossenen Gesamtansicht". Als s. Z. der Industrielle Kirdorf seine Meinung über die christlichen Gewerkschaften dahin zum Ausdruck brachte, daß diese noch schlimmer seien als die sozialdemokratischen, da war seit Bestehen des deutschen Reiches zum ersten Male die Tatsache zu verzeichnen, daß im Reichstage vom Bundesratstische aus von einem preußisch-deutschen Minister solche Worte eines schier allmächtigen Großindustriellen in aller Form mißbilligt wurden und den christlichen Gewerkschaften in der Person des Ministers für Sozialpolitik ein warmer Verteidiger erstand. (Rede v. 6. 2. 06.) Posadowsky gehörte nicht zu jenen „Sozialpolitikern" — die in unserem Vaterlande nicht so ganz dünn gesäet sind — die den Wert der sozialen Gesetzgebung lediglich abmessen an ihrer Wirkung auf die sozialdemokratische Bewegung. Er machte nicht in jener Art alles Schlechte verantwortlich macht, was in diesem Jammertale anzutreffen ist. Er suchte auch der sozialdemokratischen Partei und Bewegung gerecht zu werden und wußte wohl zu unterscheiden zwischen Sozialdemokratie und Arbeiterbewegung. Er war es, der den infolge des wachsenden Reichtums auch in oberen Kreisen überhandnehmenden Materialismus geißelte und diese Erscheinung mitverantwortlich machte für das Anwachsen der roten Bewegung und für die Untauglichkeit und Kraftlosigkeit der bürgerlichen Gesellschaft in der Ueberwindung des Sozialismus. So was war noch nie dagewesen. Wahrheit und Gerechtigkeit haben da oben noch selten eine Herberge gefunden. Und als die Gerechtigkeit als die vornehmste Charaktereigenschaft Posadowskys in seinen Parlamentsreden immer deutlicher zum Ausdruck kam, als er sich immer offeneren Blickes für die Bedürfnisse unserer Zeit zeigte und immer schärfer als der Minister für Sozialpolitik in die Erscheinung trat, der nicht um Dankbarkeit buhlte, sondern die soziale Reformarbeit als eine sittliche Pflicht auffaßte — da wurde er mitten in seinem Schaffen abgerufen von seinem Posten. Warum? Etwas Positives ist man nicht gewahr geworden, aber in der Arbeiterschaft war allgemein die Auffassung verbreitet, daß man in gewissen Kreisen den „Lokomotivführer der deutschen Sozialpolitik" für einen zu flotten Fahrer hielt und die Meinung vorherrschend war, daß die Lokomotive nun eine andere Richtung nehmen, gar eine Rückwärtswendung machen müsse. Das machte der Graf nicht mit, und darum mußte er gehen.

Der Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften hat im Auftrage des zweiten deutschen Arbeiterkongresses über die Wirksamkeit und Reden dieses bedeutenden Mannes ein Buch von kundiger Hand schreiben lassen. Verfasser desselben ist Dr. von Wiese, Professor der Volkswirtschaftslehre an der Kgl. Technischen Hochschule Hannover. Die Arbeit ist nicht nur eine Personalstudie, die von warmer Sympathie für den Minister getragen ist, sondern zugleich eine kurze Geschichte der deutschen Sozialpolitik überhaupt, die in den letzten Jahren durch die Wirksamkeit Posadowskys ein aufrichtiges, frisches Gepräge erhielt.

Das Buch behandelt die „Aera Posadowsky" als ein Entwickelungsstadium in der Geschichte der deutschen Sozialpolitik und führt deshalb einleitend kurz in die der Posadowskyzeit vorhergehenden Epochen unserer sozialen Gesetzgebung. Der Verfasser zerlegt die staatliche Arbeiterpolitik in drei Gruppen, die je die drei sozialpolitischen Perioden des Reiches beherrschten. Die „Aera Bismarck" (1881—1889) schuf in ihren Grundlagen die Arbeiterversicherung; die „Aera Berlepsch-Ötticher" (1890 bis 1896) kennzeichnet sich durch die große Gewerbeordnungsnovelle von 1891, die den Arbeiterschutz in Angriff nahm, während die „Aera Posadowsky" (1897—1907) den Ausbau des Arbeiterschutzes und der Arbeiterversicherung erlebte und besonders sich dadurch sachlich von den anderen Perioden unterschied, daß in ihr die Stellung der Regierung zu den gewerkschaftlichen Organisationen wie überhaupt zur Arbeiterbewegung eine Aenderung und Klärung erfuhr.

Die Bedeutung der „Aera Posadowsky" liegt nicht so sehr in ihren positiven Ergebnissen auf dem Gebiete der sozialen Gesetzgebung — die konnten so-

gar ziemlich gering genannt werden — als vielmehr in der Stellung des Ministers zu den sozialen Fragen überhaupt und besonders zu den Selbsthilfe-Bestrebungen der Arbeiter. Wenn Posadowsky nicht mehr leisten konnte als er fertig gebracht hat, dann liegt das gewiß nicht an ihm, sondern wohl an der geschickten Arbeit jener Leute, die so oft unheilvollen Einfluß auf die soziale Gesetzgebung ausgeübt haben, die heute noch ihre Kräfte mit der eines Ministers zu messen wagen und Handlangerdienste leisteten als es galt, den Grafen rücksichtslos aus dem Ministerpalais hinauszuwerfen. Doch darüber ein anderes Mal.

Die soziale Politik des Grafen ist in ihrem Wesen anders als die der vorhergehenden Zeit. „Das neue Element der Posadowsky-Zeit liegt in der veränderten und geklärteren Stellung zur Arbeiterbewegung überhaupt, insbesondere in der Behandlung der Gewerkschaften. In den vorausgehenden Jahrzehnten wurde meist mit jedem Stück Arbeiterschutz auch ein Stück Arbeitertrutz zu verbinden gesucht; die Regierung vermochte das Mißtrauen gegen die Selbsthilfe-Bestrebungen der Arbeiter durch gewerkschaftliche Organisationen nicht los zu werden; mehr oder weniger wurde die Bekämpfung der Streiks als eine direkte und dringende Notwendigkeit staatlicher Politik angesehen. Bis zum Jahre 1900/01 bedeutete auch Posadowskys staatsmännische Haltung keinen Fortschritt in dieser Hinsicht, ja eher kann man gegenüber der Stellung Berlepsch und Böttichers einen Rückschritt beobachten; aber in den letzten sechs Jahren seiner Tätigkeit als Staatssekretär vollzieht sich in steigendem Grade eine Entwickelung zur Reformpolitik, die mit der Gleichberechtigung der Arbeiterklasse in einem ganz anderen Sinne Ernst macht, als es in den früheren Perioden geschehen war. Die Vollendung dieser ihren Namen verdienenden positiven Sozialpolitik herbeizuführen, war ihm nicht mehr vergönnt; noch lagen 1907 mehr Ansätze und Anhänge auf dieser schwierigen Bahn vor, als abgeschlossene Entwickelungen. . . . Das wichtigste war aber die innere und grundsätzliche Stellung zur Arbeiterklasse. Bei Posadowsky war in den letzten Jahren etwas unumstößlich klar geworden: daß er ein Minister für, nicht gegen Sozialreform war. Die alten patriarchalischen Bahnen wurden von seinen Vorgängern nur zögernd und nur gelegentlich verlassen. . . . Posadowsky war, nachdem er die angedeutete innere Wandlung durchgemacht hatte, ein bronzener Fels, an dem sich die immer wieder auftauchenden Neigungen der parlamentarischen Rechten zu sozialpolitischem Rückschritte brachen." (Seite 9.)

Deutschlands soziale Gliederung.

Ueber die Berufszählung von 1907 liegen einige Schlußziffern vor, so daß man sich ein Bild über die soziale Gliederung Deutschlands und ihre Veränderung seit der vorletzten Zählung (1895) machen kann.

Die Zählung vom 12. Juni 1907 ergab eine Ge- [illegible] 51 770 284 Personen im Jahre 1895 und 45 222 113 im Jahre 1882. Die Reichsbevölkerung hat sich demnach in den letzten 12 Jahren um 9 950 245, ist 19,2 Prozent, vermehrt, während die Bevölkerungszunahme in den früheren 13 Jahren (1882—1895) 6 000 548 Personen, gleich 14,4 Prozent betrug.

Am meisten in die Augen fallend ist das überaus starke Anwachsen der Arbeiterbevölkerung. Stellen wir zunächst die gesamte Arbeiterbevölkerung in Landwirtschaft, in Bergbau und Industrie sowie in Handel und Verkehr zusammen, so erhalten wir für die drei Berufszählungen 1882, 1895 und 1907 folgende Ziffern: Es betrug die Zahl der Arbeiter mit ihren Angehörigen und einschließlich aller Dienenden für häusliche Dienste:

1882	1895	1907
22 278 635	26 081 103	33 969 497

Von 1882 auf 1895 hat die Arbeiterbevölkerung um zirka vier, von 1895 auf 1907 aber um rund acht Millionen zugenommen. Das Wachstum der Arbeiterbevölkerung wird noch deutlicher, wenn wir sie in Vergleich zu der übrigen Bevölkerung bringen, die den drei großen Gruppen des Erwerbslebens angehören. Die nicht zur Arbeiterbevölkerung gehörigen Schichten umfaßten nämlich Köpfe:

1882	1895	1907
18 474 274	19 727 098	19 169 205

Im Jahre 1882 war die Arbeiterbevölkerung erst zirka 3,8 Millionen Köpfe stärker als die in Frage kommende Gesamtbevölkerung. Im Jahre 1895 war sie schon um zirka 6,35 Millionen Köpfe stärker. Im Jahre 1907 aber überragt die Arbeiterbevölkerung die übrigen, der Landwirtschaft, Industrie, Handel und Verkehr zugehörigen Schichten um nicht weniger als 14,80 Millionen Köpfe; statt zirka 54 Prozent wie im Jahre 1882 macht sie 64 Prozent der gesamten Bevölkerung aus.

Rechnet man die Angehörigen der Arbeiter nicht hinzu und nimmt nur die Erwerbstätigen, so ergibt die Bewegung der Arbeiterbevölkerung folgendes Bild:

Gruppe	1882	1895	1907
Landwirtschaft	5 881 619	5 627 794	7 283 471
Industrie	4 096 243	5 955 711	8 593 125
Handel und Verkehr	727 262	1 233 047	1 959 525
Häusliche Dienstboten	1 373 139	1 366 223	1 274 831
Zusammen	12 078 463	14 182 775	19 110 982

Besonders bemerkenswert ist die Zunahme der Arbeiter in der Landwirtschaft. Während ihre Zahl von 1882 auf 1895 gefallen ist, nahm sie von 1895 bis 1907 ungemein stark, nämlich um 1,65 Millionen Köpfe, zu. Diese Verschiebung ist äußerst auffällig, erklärt sich aber durch die Methode der Statistik, die als „landwirtschaftliche Arbeiter" auch die in den Familien der kleinsten landwirtschaftlichen Betriebe beschäftigten Familienangehörigen usw. mitgezählt hat. Die „Landwirtschaft" als solche wird dabei als bedeutender hingestellt, als sie in Wirklichkeit ist.

Um 2,64 Millionen Köpfe hat die Zahl der Arbeiter in der Industrie einschließlich Bergbau und Baugewerbe zugenommen. Relativ sehr erheblich ist auch das Anwachsen der Arbeiterschaft in Handel und Verkehr. Zurückgegangen ist dagegen die Zahl der häuslichen Dienstboten. Die industrielle Arbeiterschaft war 1882 noch um zirka 1,8 Millionen Köpfe geringer als die landwirtschaftliche. 1907 ist sie um 1,3 Millionen stärker.

Der Anteil der weiblichen Bevölkerung ist folgender:

Jahr	Erwerbstätige im Hauptberuf	Dienende	Angehörige	Berufslose Selbständige
1882	4 259 103	1 282 414	16 827 722	702 125
1895	5 264 408	1 313 954	18 667 214	1 115 549
1907	8 243 498	1 249 383	19 974 341	1 [illegible] 207

Um den Grad der Bewegung der Weiblichen in den einzelnen Gruppen im Vergleich zu den Männern hervortreten zu lassen, seien folgende Angaben gemacht.

Von je 100 der männlichen oder weiblichen Bevölkerung rechneten zur Gruppe:

Gruppe	Männliche 1882	Männliche 1895	Männliche 1907	Weibliche 1882	Weibliche 1895	Weibliche 1907
Erwerbstätige im Hauptberuf	60,38	61,03	61,01	18,64	19,97	26,37
Angehörige	36,49	34,83	33,65	72,84	70,51	63,90
Berufslose Selbständige	2,94	4,04	5,29	3,04	4,23	5,73

Während der prozentuale Anteil der männlichen Bevölkerung in Gruppe I abnahm, ist der Anteil der weiblichen ganz erheblich gestiegen. Gesunken dagegen ist der Anteil der weiblichen in der Gruppe „Dienende". Gewiß ein Beweis, daß die weibliche Person ihre Kräfte immer mehr dem Handel und der Industrie widmen muß und auf ständigen Erwerb angewiesen ist.

Die Zahl der „Angestellten", die den „neuen Mittelstand" bilden, hat sich wie folgt vermehrt:

Gruppe	1882	1895	1907
Landwirtschaft	66 644	96 173	98 812
Industrie	99 076	265 745	686 007
Handel und Verkehr	141 548	251 907	505 909
Zusammen	307 268	621 825	1 290 728

Die Schicht der Angestellten hat sich von Zählungsperiode zu Zählungsperiode fast stets verdoppelt. 1882 hatten Handel und Verkehr noch die meisten Angestellten. 1895 war die Angestelltenschicht in der Industrie ziemlich gleich stark wie in Handel und Verkehr, 1907 aber war sie schon um rund 181 000 Köpfe stärker. In der Landwirtschaft hat die Schicht der Angestellten nur langsam zugenommen, gegen 1907 hat sie sich überhaupt nur wenig vermehrt.

Ein Blick auf die Zahl der Selbständigen ergibt folgendes Bild. Es wurden selbständige Erwerbstätige in den drei Berufsabteilungen gezählt:

Gruppe	1882	1895	1907
Landwirtschaft	2 288 033	2 568 725	2 500 974
Industrie	2 201 146	2 061 764	1 977 122
Handel und Verkehr	701 508	843 557	1 012 192
Zusammen	5 190 687	5 474 046	5 490 288

Von 1882 auf 1895 hat die Zahl der Selbstständigen noch merklich zugenommen, da in der Landwirtschaft 1895 erheblich mehr Selbständige gezählt wurden als 1882. Von 1895 bis 1907 ist dagegen die Zahl der Selbständigen ziemlich stabil geblieben. Das Plus gegenüber 1895 beträgt nur rund 16 000 und fällt nicht ins Gewicht. Dieses Plus kommt überhaupt nur dadurch zustande, daß in Handel und Verkehr die „Selbständigen" sich noch um fast 179 000 Köpfe vermehrt haben. Dagegen haben sie ebensowohl in der Landwirtschaft wie in der Industrie abgenommen, in jenen gegen 1895 um zirka 18 000, in dieser um 84 000 Köpfe. Die Schicht der Selbstständigen hat sich also nicht zu vermehren vermocht, dagegen ist die Schicht der Angestellten kräftig, die Schicht der Arbeiter überaus stark gewachsen.

Die beiden Hauptberufsarten, Landwirtschaft auf der einen und Handel und Industrie auf der anderen Seite, stehen sich — einschließlich der Angehörigen — wie folgt gegenüber:

Gruppe	1882 v.H.	1895 v.H.	1907 v.H.
Landwirtschaft	49,55	41,89	33,83
Handel und Industrie	50,45	58,11	66,17
Zusammen	100,00	100,00	100,00

Die Statistik lehrt die wachsende Bedeutung Deutschlands als Industriestaat. Damit ist zugleich bewiesen, in welch hohem Maße unsere ganze gewerbliche Kultur auf den Schultern der Arbeiterschaft ruht. Von ihrer Kaufkraft, ihrer geistigen, sittlichen und körperlichen Gesundheit ist Deutschlands Wohlergehen in hohem Maße bedingt. Das ist ein neuer Anstoß für die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter, an der Verbesserung ihrer Lage zu arbeiten, das sollte aber auch zugleich ein wichtiger Fingerzeig sein für die Regierung, wie dringend notwendig eine großzügige Gewerbe- und Arbeiterpolitik tut.

Aus dem Verbandsgebiete.

Lohnbewegungen und Arbeitsstreitigkeiten.

Colmar i. Els.

Die Weber der Firma Gensbourger sind in eine Lohnbewegung eingetreten. Dieselbe ist auf den Umstand zurückzuführen, daß einigen Webereien ein Artikel zur Verarbeitung gegeben wurde, der verhältnismäßig unter Tarif entlohnt werden sollte. (Mittlerweile wurde derselbe aus der Akkordarbeit wieder zurückgezogen.) Eine am 27. Januar stattgefundene Fabrikversammlung beschloß, der Firma die Forderung auf Einführung einer geregelten Lohnskala einzureichen. Da die bisherigen Verhandlungen erfolglos blieben, reichte die Belegschaft auf den 27. Februar die Kündigung ein. — Der größte Teil der zirka 240 Arbeiter gehört dem „deutschen" Verbande an.

M.-Gladbach.

Die Bewegung bei der Firma Achter u. Ebels ist mit einem vollen Erfolg für die Arbeiter beendet worden. In letzter Stunde, als die Kündigung bald abgelaufen war, bewilligte die Firma den letzten Wunsch der Arbeiter, „die Abmachungen für eine bestimmte Zeit festzulegen". Am 23. Februar wurde vereinbart und von den Vertretern unseres sowie des „deutschen" Textilarbeiterverbandes und der Firma unterzeichnet, daß die Abmachungen unwiderruflich bis zum 1. Oktober 1909 Geltung haben.

Anfangs suchte sich die Firma mit dem Umstande an einer genauen Festlegung auf Zeit vorbeizudrücken, indem sie erklärte, ihr Verband erlaube dies nicht. Anderseits gibt es aber dem Verbande angeschlossene Firmen, die mit den Arbeitern einen Vertrag abgeschlossen haben. Ein Bericht in der Tagespresse, welcher die Verhältnisse beleuchtete, brachte endlich Klarheit. Der Arbeitgeberverband, der diesen Vorwurf nicht auf sich sitzen lassen wollte, antwortete, „daß die Firma nicht angeschlossen sei", mithin war er an der Sache ganz schuldlos. Nach diesem war es auch erklärlich, daß die Arbeiter nur unter gewissen Garantien auf eine Einigung eingehen wollten. (Vergleiche auch die Notiz in Nr. 7.) Da diese nun erreicht worden sind, richten wir die Aufforderung an alle bisher der Organisation noch Fernstehenden, unverzüglich der Organisation beizutreten und sich dem Zentralverband christlicher Textilarbeiter Deutschlands anzuschließen.

Bei der Firma C. Siepermann hat die Bewegung für die Arbeiter einen günstigen Verlauf genommen.

In der ersten Woche hatten die Vertreter Lenzen und Wittekind unter Beisein des Arbeiterausschusses mit der Firma eine Verhandlung, die aber nicht zu den gewünschten Ergebnissen führte. Auf Grund dieser Verhandlungen fand eine Versammlung statt, wo ein Mitinhaber der Firma die Maßnahmen derselben resp. die Herabsetzung der Löhne begründete. Die Begründung fand aber bei den Arbeitern nicht die gewünschte Würdigung, denn mit 49 gegen 1 Stimme wurde der Vorschlag der Firma abgelehnt. Am vorletzten Tage veranlaßte der Bezirksvorsitzende Hermes den Arbeiterausschuß, nochmals eine Verhandlung nachzusuchen. Das Ergebnis dieser Verhandlung, die etwa 2½ Stunden in Anspruch nahm, war die Zurückziehung des Lohnabzuges seitens der Firma. Andern Tages fand eine Belegschaftsversammlung statt, welche sich einstimmig mit dem Ergebnis einverstanden erklärte. Der Erfolg dieser Bewegung ist zum Teil der Ruhe und Besonnenheit der Beteiligten, anderseits der klugen Taktik unserer Verbandsleitung zuzuschreiben. Mögen die Unorganisierten — besonders aber diejenigen der Firma Siepermann — hieraus die Lehre ziehen, daß ohne Organisation etwas zu erreichen unmöglich ist.

Ferner sind bei folgenden Firmen noch Bewegungen zu verzeichnen:

Die Weber der Firma Emil Brandts, deren Akkordlöhne nicht in der Höhe wie diejenigen anderer Firmen der Branche stehen, wünschen eine Aufbesserung derselben. Da die Firma außerdem nach Artikeln belöhnt, wird das System eines Grundlohnes mit entsprechenden Zusatzlöhnen angestrebt.

In einer Abwehrbewegung um 5% Lohnabzug befinden sich die Weber der Firma Paul Hertmanni. Auch die Weber der Firma Hören u. Heinrichs stehen in einer Bewegung, die bisherigen Lohnbedingungen aufrecht zu erhalten. Bisherige Verhandlungen nahmen einen negativen Verlauf. Außerdem ist noch die Firma Melde u. Herfs zu erwähnen, wo die Weber ebenfalls Wünsche betreffs der Lohnlisten der Firma unterbreitet haben. Zum Schlusse sei noch auf die Firma Wanders u. Hoffmann hingewiesen. Diese Firma teilt jedem neuanfangenden Weber mit, daß Vergütung nicht gezahlt wird, trotzdem solche auf der Lohnliste vermerkt ist. Durch diese Einzelvereinbarung wird die Lohnliste illusorisch gemacht. Da nun das schlecht zu verarbeitende Material bei der Firma niemals alle wird, drückt dieses den Lohn der Weber bedeutend herunter, sodaß bei einer statistischen Erhebung ein Durchschnittslohn von 2,30 bis 2,40 Mk. festgestellt wurde. Auf Grund dieses haben die Weber eine entsprechende Aufbesserung beantragt. Sollen alle die hier aufgeführten Wünsche Befriedigung finden, so ist Ruhe und Besonnenheit am Platze. Mit einem radikalen Draufgängertum und einer Hetze, wie sie gelegentlich von Mitgliedern gegnerischer Verbände betrieben wird, ist selten viel erreicht worden. Auch haben Verhandlungen ergeben, daß in verschiedenen Betrieben Selbstzucht seitens der Arbeiter angebracht und notwendig wäre. Wo die Selbstbeherrschung der Arbeiter vermißt wird, ist immer eine große Gefahr vorhanden, daß ein Erfolg bei einer Bewegung ebenfalls sehr frag-

Für die Frauen.

Von einer Frau.

Ueber die Stellung und die Pflichten der Mutter bringt die „Arbeiterin", Organ der Arbeiterinnenvereine Süddeutschlands, einen Artikel, in dem sie die Ausführungen des Präsidenten der amerikanischen Unionstaaten Roosevelt wiedergibt, die derselbe im Herbste vorigen Jahres zu den 500 Vertreterinnen des internationalen Kongresses für die Wohlfahrt des Kindes gesprochen hat. Unter anderm sagt „Roosevelt" in Bezug auf die Tätigkeit des Kongresses:

„Ihre Vereinigung ist die einzige, die ich selbst über die Veteranen des Bürgerkrieges stelle, weil die Mutter und nur die Mutter eine bessere Bürgerin ist, als selbst der Soldat, der für sein Land kämpft. Die erfolgreiche Mutter, die Mutter, die ihren Teil dazu beiträgt, die Kinder, die Mädchen, die Knaben, die Frauen und Männer der nächsten Generation richtig zu erziehen, ist dem Gemeinwesen von viel größerem Nutzen und nimmt eine viel ehrenvollere Stellung ein, als irgend ein erfolgreicher Mann. . . . Wenn die Mehrzahl der Frauen nicht gute Gattinnen und Mütter sind, wenn sie die Kinder nicht an Körper und Seele zu gesunden Menschen erziehen, — wenn sich dieses nicht von der Mehrzahl der gewöhnlichen Frauen eines Landes sagen läßt, kann kein noch so leuchtendes Genie, keine materielle Prosperität, kein Triumph der Wissenschaft oder der Industrie eine Nation vor dem Rückgang, vor dem Ruin und Tod bewahren. Die Mutter hat den höchsten Wert im sozialen Leben, sie ist viel wirksamer als der erfolgreichste Staatsmann, Geschäftsmann, Künstler oder Gelehrte. . . . . Ich verabscheue und verurteile den Mann, der die Frau brutal, gedankenlos, leichtsinnig und egoistisch behandelt. Ein solcher Mann ist eine niedrige Kreatur, der nicht die kolossale, mühevolle Aufgabe der Mutter zu würdigen versteht. — Ich verabscheue den Mann, der einer Frau, die ihre Pflicht erfüllt, die Anerkennung versagt. Aber die Frau, die sich ihren Pflichten entzieht in Bezug auf ihre Familie, ist ebenso verabscheuungswürdig. Wir verachten sie, wie man einen Soldaten verachtet, der sich im Gefecht feige erweist. Eine Frau, die ihre Pflichten erfüllt, ist heilig in unsern Augen. Weil wir diese Frauen in so hohem Maße achten und ehren haben wir nichts übrig für Frauen, die ihre Pflichten von sich weisen."

Das sind goldene Worte. Sie gewähren der Mutter die höchste und bedeutendste Stellung im Leben. — Wenden wir sie an auf das tatsächliche Leben! Wie ist die Stellung der Frau, die gezwungen ist, gewerblich tätig zu sein? Wie kann sie ihrer Pflicht genügen? Wie wird sie geachtet?

Die Beratungen zur Gewerbeordnungsnovelle haben so manche Probe davon abgegeben, wie man in der Arbeiterin die Frauen- und Mutterwürde achtet. — „Durch eine Privatumfrage habe ich mich davon überzeugt, daß meist nur die Frauen in Fabriken Beschäftigung suchen, welche nur eine kleine Anzahl Kinder haben." Diese, von einem Arbeitgeber angeführten Aeußerungen im Reichstage sollten wohl eine Entschuldigung der immer mehr zunehmenden Frauenarbeit sein. Welche Mißachtung der Mutterwürde liegt in den paar Worten „nur eine kleine Anzahl Kinder." Könnte man all das Elend und Leid aufzählen, welches die Folge davon ist, daß all die Mütter, die „eine kleine Anzahl Kinder" haben, diese verlassen müssen, um den unzureichenden Lohn des Vaters ersetzen zu helfen, es würde sicher manchen belehren, daß eine Mutter mit einer kleinen Anzahl Kinder ins Haus und nicht in die Fabrik gehört. Die Fürsorgeerziehungsanstalten jugendlicher Personen reden eine deutliche Sprache von der Notwendigkeit des Kinderschutzes, des Kinderschutzes durch die Mutter, nicht durch fremde Personen. Wie hohe Zeit es ist, daß in dieser Beziehung bald etwas durchgreifendes geschieht, beweist schon die Tatsache, daß allein im Staate Preußen im Jahre 1904 rund 5978 000 Mk. für die Fürsorgeerziehung jugendlicher Personen aufgewendet werden mußten und im Jahre 1906 bereits 7 588 000 Mark.

„Vergessen Sie nicht", sagt Roosevelt, „daß Liebe der Grundpfeiler der Familie ist." Wie kann aber heute bei den vielen Tausenden von Kindern, welche außerhalb der Familie erzogen werden, Liebe zu Eltern und Geschwistern, dem Grundpfeiler der Familie, geweckt und gefördert werden? Die größte Sorge und Mühe, welche Lehrer und Geistlichkeit der Erziehung der Kinder widmen, kann nicht viel nützen, wenn das Band, welches Eltern und Kinder umschlingen soll, nicht genug gefestigt ist, wenn dasjenige, welches Schule und Kirche dem Kinde beigebracht, zu Hause keine Förderung findet. Kein Wunder, daß so manche Mutter, welche die Leitung ihres Kindes nicht von Jugend an in der Hand hatte, später die Autorität vollständig über dasselbe verliert. So klagte mir weinend eine solche Mutter, daß ihr kaum 14 Jahre altes Söhnchen auf die Zurechtweisung über ein bei ihm vorgefundenes schlechtes Buch ihr frech ins Gesicht gesagt: „Ach Mutter, darüber laß ich mir von dir nichts sagen, denn davon verstehst du doch nichts."

„Eine Frau, die ihre Pflicht in Bezug auf ihre Familie nicht erfüllt, ist verabscheuungswürdig", sagt Roosevelt. Beherzigen wir Arbeiterfrauen und Mütter die Worte besonders, denn doppelt schwer lasten diese Pflichten heute auf uns. Angesichts der sich immer schwieriger gestaltenden Lage des deutschen Arbeiters durch die Arbeiterin, angesichts der vielen unglücklichen Familienverhältnisse infolge der Frauenarbeit, ferner die früher nie in solchem Maße gekannte Verrohung der Jugend, die unsichere Zukunft ihrer Kinder muß jede Arbeiterfrau und Mutter anspornen, sie an ihre Pflicht erinnern, welche sie der Familie gegenüber hat. Dieser Pflicht ist aber bei den heutigen Verhältnissen nicht damit genügt, daß die Mutter betet und arbeitet, sondern dieselbe hat sich auch um die sozialen Strömungen zu kümmern. Sie muß versuchen, den Gedanken- und Ideenkreis ihres Mannes, ihrer heranwachsenden Kinder zu verstehen. Merken besonders letztere, daß die Mutter — welche vielleicht in anderen Verhältnissen aufgewachsen ist, als wie die Kinder — sie doch versteht, so wird die Mutter der Achtung und Einsicht ihrer Kinder gewiß sein. Leicht läuft aber anderseits eine Arbeiterfrau Gefahr, die Autorität über den heranwachsenden Sohn oder die Tochter zu verlieren, wenn sie über manches abfällig urteilt, wovon sie nichts versteht, ohne sich aber darüber belehren lassen zu wollen. Welch einen jammerlichen Anblick macht z. B. oft noch eine Arbeiterfrau, wenn die Vertrauensperson des Verbandes kommt und die Mutter kann nicht genug tun im Schimpfen über „das ewige Geldausgeben" für den Verband, anstatt sich zu orientieren über die Notwendigkeit und Nützlichkeit desselben.

Die jetzige Krise hat's wieder gezeigt, wie der Arbeiter durch die Arbeiterin verdrängt, daß Ausnutzung der billigeren Arbeitskraft — der Arbeiterin — die Achtung vieler deutscher Industrieller vor der Frau und Mutter ist. Der „Konfektionär", eine Zeitung für die Interessen der Arbeitgeber, gibt dies in seiner Neujahrsnummer selbst zu, indem er in Fettdruck anführt: „Erwachsene männliche Arbeiter sind viel zahlreicher entlassen worden, als dem Gesamtrückgang entspricht. Dafür sind dann zum Teil jugendliche Arbeiter oder Arbeiterinnen eingestellt worden." — Aus vielen größeren Industrieorten hat die Verdrängung der Männer- durch die Frauenarbeit einen förmlich beängstigenden Charakter angenommen. Chikanen, ungerechte Strafen, Gefahren der jugendlichen Arbeiterinnen in sittlicher Beziehung von seiten der Angestellten sind gar nicht so ganz selten. Angesichts solcher Tatsachen sollte jede Arbeiterfrau, auch wenn sie nie selbst Fabrikarbeiterin war, es als ihre Pflicht betrachten, anstatt hemmend, fördernd zum Wohl der ihrigen zu arbeiten, durch Unterstützung der sozialen Bewegungen. Diejenigen Arbeiterfrauen- und Mütter aber, welche selbst als Arbeiterin im Dienste gewerblicher Unternehmer gestanden haben und die Schwäche des einzelnen Arbeiters kennen, haben die Pflicht, mit ganzer Kraft dahin zu streben, daß ihre Angehörigen ein Glied an der Kette bilden, welche fest zusammengeschmiedet stark genug ist, manche Uebelstände zu beseitigen, unter denen heute noch so viele brave, fleißige Arbeiterfamilien leiden. Lassen wir uns dabei von dem Gedanken leiten, daß die Opfer und die Mühen, welche wir dabei haben, für unsere Familien, für unsere Kinder und Kindeskinder sind.

Arbeiten in diesem Sinne alle werten Arbeiterfrauen- und Mütter, welche diese, von einer Frau geschriebenen Zeilen lesen, so wird der Ausspruch Roosevelts auch auf sie zutreffen: „Eine Frau, eine Mutter, die ihre Pflicht erfüllt, ist heilig in unsern Augen."

lich wird. Aus dem Ganzen geht klar und deutlich hervor, daß es noch vieler und angestrengter Arbeit bedarf, um das in Aussicht genommene Ziel zu erreichen. Möge jeder mitarbeiten zur Erreichung dieses Zieles, seine Mitarbeiter aufklären und durch eine solche Erziehungsarbeit unserm Verbande immer mehr Mitglieder zuführen, zu seinem eigenen, wie zum Besten der Allgemeinheit.

Krefeld.

Die Firmen F. W. Deußen und Gebr. Pelzer hatten eine Reduktion der Ergänzungslöhne angekündigt, die hier als Zuschlag auf die tariflichen Grundlöhne (in der Samtbranche) gezahlt werden. Die Arbeiter wehrten sich dagegen. Die Verhandlungen mit den Firmenvertretern endeten mit einem für die Arbeiter günstigen Resultat. Wir werden in der nächsten Nummer ausführlicher berichten.

Aus dem Münstertal (Ober-Elsaß).

Einen Streik, der, wenigstens anscheinend, plötzlich und unvermittelt ausbrach, hatten wir in den letzten Wochen im Münstertal zu verzeichnen. Die Arbeiter der Firma Immert-Klein machten den Versuch, ihre traurige Lage etwas zu verbessern. Am Sonntag, den 7. Februar prangten in Luttenbach und Mühlbach Plakate an den Telegraphenstangen, mit der Aufforderung an die Arbeiter, am Montag die Arbeit einzustellen. Das geschah denn auch. Ohne Kündigung und ohne sich über die einzureichenden Forderungen schlüssig zu sein, wurde die Arbeit niedergelegt. Dabei war der überwiegend größte Teil der Arbeiter unorganisiert. Angesichts dessen war das Ende der Bewegung vorauszusehen, zumal der Streik sich nur auf vier von den sechs der Firma gehörenden Betriebe erstreckte und auch in den bestreikten Betrieben eine, wenn auch nur kleine Anzahl von Arbeitern und Arbeiterinnen stehen geblieben war.

In den nachträglich eingereichten, an sich ganz berechtigten Forderungen verlangten die Arbeiter neben einer Lohnaufbesserung die Bezahlung nach Meter statt nach Stück, Vergütung der Wartezeit und Milderung des rigorosen Strafsystems. Die Firma, die das ganze hintere Münstertal beherrscht, stellte sich auf den gewohnten brüsk ablehnenden Herr-im-Hause-Standpunkt. Den Organisationsleitern wurde bei einem Vermittelungsversuch das fernere Betreten des Fabrikeigentums untersagt und mit einer eventl. Anzeige wegen Hausfriedensbruch gedroht. Auch die von den Arbeitern und der Gewerbeinspektion angestrebten Einigungsverhandlungen blieben erfolglos. Die Firma beharrte auf der bedingungslosen Aufnahme der Arbeit, erst dann wolle sie sich eventl. auf Verhandlungen einlassen. Mittlerweile suchte sie auch den Streikenden die Lokale abzutreiben, was an einem Orte auch gelang.

Nach Lage der Dinge blieb den Streikenden nichts übrig, als den Kampf abzubrechen. Am Samstag, den 20. Februar hatte der Arbeitgeber mit einigen Arbeitern eine Unterredung. Er gab an, von manchen Mißständen nichts gewußt zu haben und machte den Arbeitern einige Versprechungen. Bisher wurden die Arbeiter für lange Stücke ebenso entlohnt wie für 30 oder 40 Meter kürzere. Hier soll, aber nur soweit die Wollartikel inbetracht kommen, ein Ausgleich vorgenommen und das Strafsystem etwas loyaler gehandhabt werden. Daraufhin beschlossen die Arbeiter mit großer Majorität, die Arbeit am Fastnachtsdienstag wieder aufzunehmen.

Das Ergebnis des Streiks ist mager, zumal erst noch abgewartet werden muß, ob der Arbeitgeber die in unverbindlicher Aussprache gemachten minimalen Zusagen auch einhält. Indeß, der Kampf selbst enthält für die Arbeiter so manche Lehre, daß er, falls letztere beherzigt werden, trotzdem nicht vergebens gewesen ist. Zunächst beweist der Verlauf und das Ende des Kampfes, daß nur starke Organisationen der Arbeiterschaft auf die Dauer zu helfen vermögen. Dann aber zeigt sich auch, daß die Arbeiter schlecht beraten waren, als sie sich auf eine bloße anonyme Aufforderung hin bewegen ließen, ohne weiteres in Streik zu treten. Ein Streik, der illegal, das heißt unter Kontraktbruch und ohne vorherige Einreichung der Forderungen begonnen wird, erschwert immer die Verhandlungen und führt in den seltensten Fällen zu einem praktischen Ergebnis. Darum hält unsere Organisation auch strikte daran, daß dort, wo sie Einfluß besitzt, der gesetzliche und statutgemäße Weg unbedingt eingehalten wird. Es liegt dies im Interesse der Arbeiter selbst. Mögen die Arbeiter im Münstertal diese Lehren des Kampfes beherzigen, dann wird in Bälde der Zeitpunkt kommen, wo auch die Firma Immert-Klein gezwungen sein wird, den berechtigten Forderungen der Arbeiter Rechnung zu tragen.

Berichte aus den Ortsgruppen.

Bamberg. Wegen Unterschlagung verurteilt wurde hier der Hilfskassierer Lorenz Bergmann des „deutschen" Textilarbeiterverbandes. B. hatte Gelder der hiesigen Filiale des genannten Verbandes veruntreut. Er wurde zu einer Woche Gefängnis verknarrt. Geschieht solchen Brüdern zu Recht.

Beuel. Einige Zahlen aus dem Geschäftsbericht der Westdeutschen Jutespinnerei und Weberei möge die hier beschäftigte Arbeiterschaft doch einmal zum Nachdenken veranlassen. Der Rohgewinn betrug im letzten Jahre (einschließlich 11 348 Mk. Vortrag) **922 676 Mk.** Um einen möglichst geringen Reingewinn zu konstruieren, bringt man hiervon ungefähr die Hälfte, nämlich 445 755 Mk. für Zinsen, Ausbesserungen, Abschreibungen usw. in Abzug, sodaß dann noch ein Reingewinn (!) von **476 921 Mk.** übrig bleibt. Damit nun der Dividendensatz nicht zu hoch wird, benutzt man hierfür nur 180 000 Mk., das sind 9% Dividende. Die von dem Reingewinn noch übrig bleibenden 296 921 Mk. werden dann als Rücklage, Vortrag auf neue Rechnungen, besondere Abschreibungen, Gewinnanteile usw. profitbringend angelegt, bezw. an die Herren Aktionäre, Aufsichtsräte, Direktoren usw. verteilt. Ein Posten von 35 557 Mk. ist extra noch unter Gewinnanteile und Belohnungen gebucht. Wer erhält diese Belohnungen und wodurch werden dieselben verdient? Wir wissen's! Dann sind noch 30 000 Mk. für Arbeiter-Unterstützungsrechnung angegeben. Klingt das nicht hübsch arbeiterfreundlich? Wer bekommt's? Diejenigen, die's herausgewirtschaftet und verdient haben, kriegen's nicht.

Doch ziehen wir jetzt mal unsere Bilanz vom letzten Jahr und beantworten uns die Fragen: Wie hoch war unser Einkommen? — Wie hoch waren die Ausgaben? — Was haben wir zurücklegen können? — Bei den meisten von uns und besonders bei den Familienvätern wird man hinter die letzte Frage eine 0 setzen können und bei einer ganzen Anzahl wird noch eine hübsche Summe unter Schulden gebucht werden müssen. Angesichts solcher beträchtlicher Unternehmergewinne wollen wir uns aber auch noch die Frage beantworten: Wie können wir uns einen berechtigten Anteil an den doch auch durch uns gewonnenen Produktionsgewinnen verschaffen? — Wer die Antwort gefunden, ziehe aber auch die richtigen Schlußfolgerungen. Und nun noch eine neugierige Frage an so manche superkluge Arbeitskollegin: Für wen habt ihr im vergangenen Jahre die Verbandsbeiträge gespart? — Nun, also!

Brand. Auf der am 16. Februar abgehaltenen Mitgliederversammlung erstattete Kollege Lance einen ausführlichen Bericht über die letzte außerordentliche Bezirkskonferenz. Nach einer regen Diskussion über diesen Punkt ergriff Kollege Hoube das Wort zum Punkt „Beitragserhöhung" und hob die Notwendigkeit einer solchen hervor. Ein großer Teil unserer Mitglieder zahlt den höheren Beitrag schon seit Januar und hoffen wir, daß alle mit April ihrem Beispiel folgen. Um die Mitglieder aufzusuchen und aufzuklären und um dem Vorstande in der Agitation zur Seite zu stehen, wurde eine Kommission gewählt, bestehend aus den Kollegen: Jos. Janßen, Caspar Janßen, Christian Kahn, Johann Mager und den Kolleginnen: Gertrud Kreuzer und Barbara Henneken. Unter Punkt Verschiedenes machte der Vorsitzende besonders auf die am Sonntag, den 7. März stattfindende öffentliche Versammlung des Ortskartells aufmerksam.

Colmar i. Els. „Wer nicht hören will, muß fühlen!" Dies alte Sprichwort könnten sich gewisse Arbeiter einer hiesigen Weberei hinter die Ohren schreiben. Nach Beendigung des sechzehnwöchigen Kampfes im Sommer 1906 hatte für dieselben die Organisation vorderhand keinen Zweck mehr; man glaubte, das „Beitragzahlen" sparen zu können, bis wieder eine Bewegung in Aussicht sei. Man fröhnte wieder dem alten Schlendrian, der Stumpfsinnigkeit, die von der Betriebsleitung, begünstigt durch die wirtschaftliche Krise, nun weidlich ausgenutzt wird. Die Klagen über schlechtes Material, hohe Strafen usw. wollen gar kein Ende nehmen. Eine unsererseits vorgenommene Lohnstatistik ergab u. a. folgende Zahlen. Es wurde für die inbetracht kommenden Arbeiter als durchschnittlicher Tagesverdienst festgestellt: Für männliche Arbeiter 2,81 Mk. (die einzelnen Löhne bewegen sich zwischen 1,95 Mk. und 3,21 Mk.), für Arbeiterinnen 2,53 Mk. (1,56 Mk. bis 2,88 Mk.) An Strafen für insgesamt 12 Arbeitstage wurden u. a. festgestellt: 1,90 Mk., 2,10 Mk., 2,15 Mk., 2,25 Mk., 2,85 Mk., 3,00 Mk. Allerdings bietet diese Zusammenstellung kein vollständiges Bild der Verhältnisse in dem betr. Betriebe, doch dürften die Zahlen eher zu hoch als zu niedrig gegriffen sein, da die Erhebung nur die volljährigen Verbandsmitglieder mit 3—4 Webstühlen umfaßt. Daß ein vollständiges Bild viel schlimmer aussehen würde, beweist z. B. die Tatsache, daß eine Arbeiterin im Januar für zwei Wochen mit noch 0,60 Mk. — sechzig Pfennig — nach Hause geschickt wurde. Werden diese Zahlen gewissen Arbeitern die Augen öffnen?

Forchheim. In unserer letzten Versammlung wurde vom Kollegen Dohlus der Jahresbericht erstattet. Demselben ist zu entnehmen, daß insgesamt eingenommen wurden 707,70 Mk. An die Zentralkasse wurden abgeschickt 325,85 Mk. An Krankenunterstützung wurden ausbezahlt 243,50 Mk. Von den Einnahmen verblieben der Ortsgruppe 15%, gleich 105,85 Mk. Es wurde dann noch beschlossen, in nächster Zeit zur Gewinnung neuer Mitglieder eine intensive Agitation zu entfalten. Anfangs März soll in einer Versammlung eine Kollegin aus Aschaffenburg referieren. Die Kollegen sollen zu dieser Versammlung nicht nur allein Unorganisierte, sondern ganz besonders auch ihre Frauen mitbringen. Die Mitglieder werden hiermit auch zu reger Teilnahme an den alle 14 Tage Mittwochs abends stattfindenden sozialen Unterrichtsabenden eingeladen. An diesen regelmäßigen Unterrichtsabenden im Lokale „Judenwirt" wird Kollege Müller aus Bamberg nach Möglichkeit teilnehmen.

Forst (Lausitz). Wie man agitieren kann, zeigte Kollege Voigt in seinem Vortrag in der Mitgliederversammlung am 25. Februar. Wenn alle Mitglieder bezüglich der Agitation die gezeichneten Wege des Referenten beschreiten wollten, würde alsbald eine Steigerung der Mitgliederzahl unserer Ortsgruppe zu verzeichnen sein. Nach Bekanntgabe des Kassenberichtes vom 4. Quartal 1908 beschloß die Versammlung einstimmig, anstelle unseres Lokalbeitrags von 5 Pfg. pro Woche einen solchen von 5 Pfg. pro Monat vom 1. April ab einzuführen. Verschiedene Mißstände in einigen Fabriken waren noch Gegenstand der Besprechung. Das Anknüpfen von Ketten an Sonntagen seitens solcher Arbeitskollegen, die für den Achtstundentag an Werktagen so laut ihre Stimme erheben, ist hier nichts seltenes.

NB. Unsere nächste Mitgliederversammlung am 27. März ist verbunden mit einem Familienabend. Die Mitglieder möchten recht zahlreich erscheinen.

Lambrecht. Man schreibt uns: Bestrafter Terrorismus. Am 15. Dezember 1908 fand in Mußbach eine Versammlung des christlichen Metallarbeiterverbandes statt, zu der die „Genossen"-Führer ihre Mannen hinausdirigierten. An kräftigen Zwischenrufen fehlte es nicht. Die Herren kamen damals bei dem Referenten etwas unter die Räder, sie blamierten sich durch ihr wüstes Geschimpfe und ihre Phrasen außerordentlich. Anscheinend in schlechter Stimmung über die Blamage, welche so manche der Neustadter „Zielbewußten" sich geholt, gingen die Herren Maler und Wirt Joh. Sauer und Schreiner Gg. Schneider abends mit einem Trupp „Genossen" nach Neustadt zurück. Am Strohmarkt trafen sie ein paar junge christliche Arbeiter. Mit der Bemerkung „da stehen die Christlichen", griff ohne weiteres der kampfeslustige rote Schneider den einen der jungen Leute an der Nase und schlug auf ihn ein. Ein anderer zog rasch den angepöbelten jungen Mann über den Platz, der rote Schneider aber eilig nach, packte das Opfer seiner Wut wiederholt am Halse und warf es zweimal zu Boden, sodaß der Hinterkopf aufs Pflaster schlug. Aber auch der sozialdemokratische Parteivorsitzende Sauer wollte sich noch einige Lorbeeren verdienen. Rasch zog er seinen Stock und hieb dem jungen Mann über den Arm. Wir hatten seinerzeit über die Roheiten berichtet, und die am Samstag in Neustadt stattgefundene Schöffengerichtssitzung ergab als Resultat, daß unsererseits nicht übertrieben wurde. Die beiden Angeklagten wollten durch den Ruf „Terrorismusbrüder" gereizt worden sein, sämtliche Zeugen haben aber einen solchen Ausdruck überhaupt nicht gehört, einer, der genau sah und hörte, was vorging, bekundete eidlich, daß ein solcher Ausdruck nicht gefallen sei. Der „Genosse" Schneider stellte sich dem Gerichte auch als Friedensstifter vor. Er will nicht nur nicht geschlagen, im Gegenteil sogar zur Besänftigung der erregten Gemüter beigetragen haben. Aber sämtliche Zeugen bekundeten eidlich, daß Herr Schneider direkt mir nichts dir nichts auf die jungen Leute zuging und dann an den Hals packte, zuschlug und zu Boden warf. Dies nagelte auch der Amtsanwalt fest, indem er Schneider als denjenigen bezeichnete, der nicht blos provozierte, sondern auch in der rohesten Weise über den schwächeren jungen Mann herfiel. Er beantragte gegen Schneider, da dieser bis jetzt noch nicht vorbestraft war, 14 Tage, gegen Sauer, der wiederholt vorbestraft ist, 4 Wochen Gefängnis. Das Urteil lautete für beide auf je 30 Mk Geldstrafe eventuell 10 Tage Gefängnis sowie die Kosten des Verfahrens. Wir wollen hoffen, daß der „Friedensstifter" Schneider und der Parteivorsitzende Sauer jetzt zur Ansicht gelangt sind, daß man gewerkschaftlich Andersorganisierte nicht niederknüppeln darf. Diese Hoffnung haben wir, vorausgesetzt, daß die „Genossen" ihre beiden „Siege" nicht als Opfer der „Klassenjustiz" betrachten.

Ronsdorf. In einer gut besuchten Mitgliederversammlung, welche am Montag, den 22. Februar bei Göbel tagte, wurden die Kollegen Schmidt und Herbener für die Konferenz der evang. Mitglieder der christlichen Gewerkschaften des Bergischen Landes, welche am 14. März hierselbst stattfindet, delegiert. Nach einer gründlichen Aussprache über die Neuregelung des Beitragswesens wurde beschlossen, den wöchentlichen Lokalbeitrag von 5 Pfg. vom 1. April ab nicht mehr zu erheben, den Mitgliedern aber dringend zu empfehlen, eine höhere als die Pflichtbeitragsklasse zu wählen. 30 Kollegen erklärten sofort ihren Eintritt in die 50 Pfgs.- oder eine noch höhere Beitragsklasse. Die Kollegen, welche nicht an der Versammlung teilnehmen konnten, sollen durch die Vertrauensleute und durch Zirkulare für eine höhere Beitragsklasse gewonnen werden. Die Zeiten sind ernst; sichere sich jeder eine möglichst hohe Unterstützung für die Zukunft. Unser Bezirksleiter gab noch einen kurzen Bericht über den gegenwärtigen Stand der Bandwirkertarifbewegung.

Süchteln. In unserer Generalversammlung vom 14. Februar gab der Vorsitzende den Jahresbericht. Alsdann erstattete der Kassierer Johann Heinrichs den Rechenschaftsbericht vom 1. Juli 1908 bis 1. Januar 1909. Die Revisoren erklärten, Bücher, Belege und Kasse in bester Ordnung vorgefunden zu haben. Danach wurde die Vorstandswahl getätigt und die drei ausscheidenden Vorstandsmitglieder, nämlich Karl Huppertz als Vorsitzender, Franz Kallen als Schriftführer und Hermann Kehren als zweiter Schriftführer mit großer Majorität wiedergewählt. Unter Punkt „Verschiedenes" wurden die hiesigen Fabrikverhältnisse eingehend besprochen.

Ullersdorf (Schlesien). Unsere am 7. Februar stattgefundene gutbesuchte Generalversammlung erledigte nach Erstattung des Geschäftsberichts die Neuwahlen wie folgt: Zum Vorsitzenden wurde der Kollege Franz Reinelt, als Kassierer Franz Ullrich und als Schriftführer Robert Weigel gewählt. Nachdem die Kassenrevisoren und Vertrauensleute gewählt waren, wurden zum Schluß noch einige wichtige Vorkommnisse aus dem Arbeitsverhältnis besprochen.

Viersen. Am 7. Februar hielt unsere Ortsgruppe ihre Generalversammlung ab. Es kam bei der Beratung über die internen Verbandsangelegenheiten deutlich zum Ausdruck, daß unsere Kollegen alle Veranlassung haben, jetzt mit Macht in die Agitation einzutreten und jeden Versuch, unsere Einigkeit zu stören, entschieden zurückzuweisen. Beschlossen wurde, für den Monat Februar einen doppelten Lokalbeitrag freiwillig zu erheben. (Bravo! D. R.) Gleichzeitig wurde betont, Förderer und Vertrauensleute, Vorstand und Beamte müßten in enger Fühlung leben, ganz besonders sei ein Zusammenarbeiten jetzt, vor dem Inkrafttreten der neuen Statuten, notwendig. Der Vorstand wurde beauftragt, unverzüglich alle Förderer unseres Bezirks zusammenzurufen, um mit diesen gemeinsam die Angelegenheiten unserer Ortsgruppe zu beraten.

Am 28. Februar fand nun eine gemeinsame Vorstands- und Fördererfitzung statt. Es wurde konstatiert, daß zwei Kollegen erkrankt waren und daß nur ein einziger ohne Entschuldigung fehlte. Hoffentlich tut auch dieser in Zukunft seine Pflicht und Schuldigkeit, oder er lege sein Amt in die Hände des Vorstandes zurück. (Diese Besprechungen sind für unsere Ortsgruppe von großer Bedeutung, deshalb werden dieselben in Zukunft regelmäßig abgehalten werden.)

Der Kollege Fried. Pesch wies an der Hand von Beispielen nach, daß eine Anzahl Förderer dieses Amt mehr von der geschäftlichen als von der idealen Seite auffaßten. Er legte dar, daß das Amt eines Förderers nicht zu vergleichen sei mit dem Amte eines gewöhnlichen Zeitungsträgers, seine Worte klangen aus in dem Wunsch, daß diejenigen, welche glaubten, mit dem „Fördererspielen" ein gutes Geschäft zu machen, lieber ihr Amt niederlegen sollten. Er zeichnete dann die Bedeutung der Förderer als Träger des Organisationsgedankens und betonte ausdrücklich, daß gerade jetzt vor dem 1. April unsere Vertrauensleute ihre Pflicht und Schuldigkeit tun müssen. Anknüpfend an diese Ausführungen entspann sich lebhafte Diskussion, in der besonders hervorgehoben wurde, daß so viele Mitglieder den Förderern die Arbeit so erschwerten. (Wir möchten hier ausdrücklich betonen, wenn unsere Mitglieder irgendwie Beschwerden oder Klagen haben, dann diese sofort bei der Geschäftsstelle zu melden und nicht den Förderern den Dienst zu verleiden.) Allgemein wurde von den verschiedensten Diskussionsrednern betont, daß einmütiges Zusammenarbeiten zwischen Förderern, Vorstand und Beamten notwendig sei, damit in Zukunft unsere Ortsgruppe von keinerlei Vorgängen so mitgenommen werde, als wie dieses der Fall gewesen ist. Allseitig versprachen dann unsere Vertrauensleute, ihre Pflicht zu erfüllen und kräftig für eine auf den 21. März einzuberufende allgemeine Mitgliederversammlung zu agitieren.

Aus unserer Industrie.

Zur Lage im Textilgewerbe.

Ein klares Bild von der Lage kann man bei einem Rundblick über den Textilmarkt nicht bekommen. Die widersprechendsten Berichte tauchen auf. Die Lage im allgemeinen als schlecht zu bezeichnen wär ebenso falsch wie die Behauptung, es ginge dem Textilgewerbe durchaus gut. Die Wahrheit liegt in der Mitte. Der Textilmarkt ist dem Genesenden vergleichbar, der von schwerer Krankheit sich erholend, langsam der Besserung zuschreitet. Den Eindruck gewinnt der Rundschauer: Die Lage ist seit einigen Monaten wesentlich besser geworden. Die Wollindustrie geht sehr gut, die Baumwolle beginnt sich allmählich zu heben, nur in der Seiden- und Samtbranche sind die Verhältnisse noch als traurige zu bezeichnen, wenn auch in wenigen Bezirken eine Belebung zu konstatieren ist, in der Leinenbranche hält die Erholung an.

Am meisten leiden diejenigen Baumwollunternehmungen, die auf den Export angewiesen sind. Der Weltmarkt hat sich noch nicht vollständig erholt. Wenn in Amerika der Geschäftsgang auch „befriedigend" sein mag, so sind die Erwartungen der Geschäftsleute doch nicht ganz erfüllt worden. Die in Amerika bevorstehende Zollrevision wirkt hemmend auf den Gang des Gewerbes. Auch England hat den alten Stand der Ausfuhr noch nicht wieder erreichen können. Nur nach der Türkei hat es gegen früher mehr absetzen können, auf Kosten Oesterreichs, dessen Waren dort boykottiert sind. Ueberhaupt bereiten die noch nicht beendeten Balkanwirren Stockung im Geschäftsgange. — In der „Köln. Volksztg." führt unterm 22. Februar ein Gladbacher Baumwollfabrikant Klage über den unbefriedigenden Absatz und schlägt eine größere Betriebseinschränkung vor. Aber er bleibt ein Rufer in der Wüste. Denn so schlimm sind die Verhältnisse garnicht. Der „Konfektionär" sagt in seiner letzten Nummer, daß die Aufträge für die Baumwollunternehmer zwar einen sehr bescheidenen Nutzen ließen, im allgemeinen die Situation aber dahin charakterisiert werden könne: Die Nachfrage hat sich in der letzten Woche als ziemlich rege erwiesen, der Abruf von Ware hat sich gebessert. Die Buntweberei ist allerdings weniger gut versorgt als der Rohstoffweber.

Ueber relativ recht gute Verhältnisse weiß die Wollindustrie zu berichten. Die Kammgarnspinnereien im niederrheinischen Bezirk sind durchweg, sogar auf längere Zeit hinaus mit befriedigender Arbeit versehen, sind auch im Gegensatz zu den Baumwollspinnereien mit der Preisbewegung nicht unzufrieden. Auch im sächsischen Textilbezirk ist der Geschäftsgang in der Wollindustrie relativ befriedigender als in der Baumwollindustrie. Die Webereien in Glauchau-Meerane sind überwiegend das erste Quartal hindurch genügend mit Arbeit versehen. Die Appreturanstalten sind sogar über ihre Leistungsfähigkeit hinaus in Anspruch genommen und nehmen Ueberstunden zuhilfe. Der Umstand, daß der Geschäftsgang im Wollgewerbe sich gegenwärtig günstiger gestaltet als im Baumwollgewerbe, erklärt sich zum Teil daraus, daß der diesjährige Winter eine besonders empfindliche Kälte aufwies und daher die Nachbestellungen auf wollene Kleiderstoffe usw. noch ziemlich flott eingegangen sind.

Der gute Geschäftsgang in der Wollbranche weist auch schon Anzeichen ungesunder Geschäftsmanipulationen auf. So heißt es in der „Zeitschrift für die gesamte Textilindustrie", daß die Kammgarnspinnerei auf 6, sogar auf 12 Monate hinaus beschäftigt sei. Auf so lange hinaus sei noch niemals ein Stück Webware bestellt worden. Es sei die Spekulation, die Angst, kein Garn bekommen zu können, die jetzt zu den großen, übernotwendigen Aufträgen verleite. Das sei das Ungesunde, das Verderbenbringende der Industrie, daß man mit Spekulation Geld verdienen wolle. Keiner solle mehr in Auftrag geben, als es sein Betrieb vorschreibe. Bei der Spekulation sei noch niemals Gutes herausgekommen.

Aus dem Industriebezirk von Elberfeld-Barmen wird ein geschäftlicher Aufschwung gemeldet. Man kann wohl sagen, daß gegenwärtig in allen Branchen (mit sehr wenigen Ausnahmen) die Leistungsfähigkeit der Fabriken voll und ganz wieder ausgenutzt wird. Der Eingang der Orders ist in letzter Zeit sehr gut gewesen, sodaß schon jetzt auf lange hinaus volle Beschäftigung gesichert ist. Dieser Aufschwung kommt auch im Garnhandel zum Ausdruck, denn es sind fast in allen Garnsorten in letzter Zeit große Abschlüsse zustande gekommen, und es macht sich schon heute die Kalamität bemerkbar, daß infolge des großen Ansturmes die Spinner nicht die verlangte Lieferzeit einhalten können.

Wie günstig die Juteindustrie heute noch dasteht, und wie wenig sie überhaupt unter der Krise gelitten hat, beweist folgender Bericht der bereits genannten „Z. f. d. g. T." Wir hatten schon in unserer letzten Rundschau die Juteindustrie erwähnt und müssen heute ergänzend hinzufügen, daß die Resultate mehrerer der großen Jutespinnereien und Webereien für 1908 glänzende sind, da sie eine höhere Dividende als 1907 verteilen. Aber auch die ganze Lage, dieser im gewissen Sinne Spezialindustrie, ist auch für 1909 eine ausgezeichnete, da die Mehrzahl der Betriebe ihre Gesamtproduktion für 1909 bereits vollständig untergebracht haben. Seit mehreren Jahren war in mehreren Jutespinnereien der Versuch gemacht worden, ein Papier als Surrogat für Jutegarne zu verarbeiten. Diese Versuche sind nach Aufwendung großer Summen als mißglückt anzusehen. Das beweist eben, daß es nur wenig Surrogate gibt, ein echtes Produkt zu ersetzen."

Im Seidengewerbe ist die Lage noch ziemlich trostlos. Die kleine Zunahme in der Bestellung fertiger Seidenwaren ist kaum von Belang. Das gesamte internationale Seidenwarengeschäft liegt noch darnieder. Aus Krefeld wird uns von unserem Spezialberichterstatter gemeldet: Die Hoffnungen auf eine Besserung der Geschäftslage haben sich leider nicht erfüllt. Im Gegenteil, die Krise nimmt eher an Schärfe zu und schlägt der Arbeiterschaft immer tiefere Wunden. Unbeschreiblich traurige Verhältnisse. Den total arbeitslosen Leuten ist die Existenz genommen, diejenigen, die nur 3, 4 und 5 Stunden in der Woche arbeiten, Wochen, Monate hindurch, befinden sich im größten Elend. Alles hofft Tag für Tag auf Besserung. — Lassen wir kurz die einzelnen Branchen Revue passieren.

Im Sammet wird in den meisten Betrieben nur 3, 4 und 5 Stunden gearbeitet. In der Samtappretur ist im größten Betriebe am Orte die Arbeitszeit schon vor mehreren Wochen auf 32½ Stunden pro Woche reduziert worden. Zugleich wurden Massenentlassungen vorgenommen, auch nachträglich hielten die Entlassungen an. Auch in anderen Betrieben fanden Arbeitszeitverkürzungen und Kündigungen statt.

Nun kommen auch schon Klagen aus der Stoffweberei, in der seit Herbst vorigen Jahres ein ziemlich guter Geschäftsgang zu verzeichnen war. In dieser Branche wird infolge des schlechten Materials, der unstetigen Produktionsweise und nicht in letzter Linie wegen der schlechten Lohnverhältnisse durchweg sehr wenig verdient; wenn jetzt noch schlechter Geschäftsgang hinzukommt, so kann man auch die Lage der Stoffweber als eine schlechte bezeichnen, natürlich sind auch die Nachwehen des letzten Stoffweberstreiks noch deutlich bemerkbar.

In den Färbereien ist ebenfalls sehr unstetige Beschäftigung. In dieser Branche findet eine Arbeitszeitverkürzung nicht statt, vielmehr werden entweder Feiertage eingelegt oder Entlassungen vorgenommen. In der letzten Zeit wurden ganze Trupps entlassen. Die jetzige Krise bestätigt wieder, daß die Seiden- und Samtindustrie eine unzuverlässige Existenzgeberin ist. Es liegt deshalb im Interesse unserer Mitglieder, ihre Angehörigen so viel wie möglich andern Berufszweigen zuzuführen. Damit ist aber jetzt nicht geholfen. Es wäre dringend zu wünschen, daß die hiesige Stadtverwaltung in der Arbeitslosenfrage den vor einigen Wochen vom christlichen Gewerkschaftskartell gemachten Vorschlägen mehr Beachtung schenken würde. Soviel Mitgefühl darf man auch von einer Stadtverwaltung erwarten, daß sie so viel wie möglich für ihre hungernden Mitbürger Sorge trägt. Hoffen wir, daß recht bald eine Aenderung der traurigen Verhältnisse eintritt. Schade, daß unsere Arbeitslosenunterstützung erst mit dem 1. April in Kraft tritt.

Gewerkschaftliches.

Aus unseren Verbänden.

Die christlichen Gewerkschaften sind politische Vereine, also entschied das Schöffengericht zu Düren in seiner Sitzung vom 11. Februar 1909. Der Sachverhalt war folgender:

1. Der Vorsitzende des Kartells der christlichen Gewerkschaften für Düren und Umgegend, unser Lokalbeamter Kollege Koch, war im Juli 1908 von der Dürener Polizeiverwaltung aufgefordert worden, das Verzeichnis der Mitglieder des Vorstandes sowie die Zahl der männlichen und weiblichen Mitglieder des Kartells einzureichen. — Zu letzterer Angabe besteht nach dem Reichsvereinsgesetze überhaupt keine Verpflichtung, nicht einmal bei politischen Vereinen. Der Kartellvorsitzende teilte der Polizeibehörde mit, daß das Gewerkschaftskartell kein politischer Verein im Sinne des Reichsvereinsgesetzes sei. Am 22. Oktober erfolgte nun eine erneute Aufforderung, das Verzeichnis der Mitglieder des Vorstandes einzureichen. Diese Aufforderung wurde seitens des Gewerkschaftskartells mit denselben Gründen abgelehnt wie die erstere. Daraufhin wurden gegen den Vorsitzenden des Kartells wegen Uebertretung der §§ 3 und 18 des Reichsvereinsgesetzes 9 Mk. Strafe festgesetzt.

2. Am 29. Oktober 1908 wurde der Kartellvorsitzende in seiner Eigenschaft als Vorsitzender der Arbeitervertreter-Vereinigung für Düren und Umgegend von der Polizeibehörde aufgefordert, auch das Verzeichnis der Mitglieder des Vorstandes genannter Vereinigung einzureichen. Auch dieses Ansinnen der Polizeibehörde wurde mit der Begründung abgelehnt, daß die Arbeitervertreter-Vereinigung lediglich die Schulung und Bildung der Arbeitervertreter und die Unterstützung derselben bei Wahrnehmung ihres Amtes bezwecke und mithin kein politischer Verein im Sinne der §§ 3 und 18 des Vereinsgesetzes sei.

3. Dasselbe Schicksal traf den Vorsitzenden der Zahlstelle Düren des Zentralverbandes christlicher Bauhandwerker und Bauhülfsarbeiter Deutschlands, weil auch er das Ansinnen der Polizeibehörde, die Mitglieder des Vorstandes anzumelden, aus ähnlichen Gründen wie unter eins und zwei abgelehnt hatte. In allen drei Fällen wurde gerichtliche Entscheidung beantragt und gleichzeitig Beschwerde beim Herrn Regierungspräsidenten in Aachen gegen das Vorgehen der Polizeiverwaltung eingelegt.

Das Schöffengericht entschied im Sinne der Polizeibehörde. Es stellte sich auf den Standpunkt, daß die Beteiligung an den Gewerbegerichts- und Krankenkassenwahlen, die Stellungnahme zu den Arbeiterversicherungsgesetzen, die Bekämpfung der Auswüchse des Submissionswesens, die Eingaben an Behörden und das Verlangen einer zeitgemäßen Sozialpolitik von der Gemeindeverwaltung politische Angelegenheiten wären und mithin die Gewerkschaften als politische Vereine zu bezeichnen seien. Auch sei jede einzelne Zahlstelle eines Verbandes als Verein zu betrachten. Interessant war auch die Bemerkung des Vertreters der Staatsanwaltschaft, daß eine ministerielle Verfügung bestehe, wonach die Gewerkschaften als politische Vereine zu behandeln wären.

Jedenfalls werden die christlichen Gewerkschaften von Düren und Umgegend mit dieser Entscheidung des Schöffengerichts, welche in direktem Widerspruch zu den Ausführungen des Ministers v. Bethmann-Hollweg bei den Beratungen des Reichsvereinsgesetzes steht, sich nicht zufrieden geben und Berufung gegen das Urteil einlegen.

Aus gegnerischen Organisationen.

Theorie und Praxis. Es gibt Leute, die das Prinzip der Gleichheit und Brüderlichkeit tagein tagaus in Versammlungen und Zeitungen mit lautem Phrasengeklingel verkünden. Aber es gilt hier der Pharisäergrundsatz: Tuet nach meinen Worten, aber nicht nach meinen Werken. Denn in der Praxis sieht es mit dem schönen Prinzip der Gleichheit und Brüderlichkeit gerade bei diesen Aposteln recht sonderbar aus. Da zeigen sich auch all die hundertmal verdammten Sünden des profithungrigen Unternehmertums und der verlodderten Bourgeoisie. Die „Hamburger Nachrichten“ brachten kürzlich wunderliche Dinge aus dem dortigen sozialdemokratischen Gewerkschaftshause. In der Herberge des Gewerkschaftshauses müßte 14—16 Stunden gearbeitet werden, Leute, die sich beschwerten, würden rücksichtslos entlassen, es würde dreierlei Küche geführt, für den Verwalter, für die Kellner und das „gewöhnliche“ Küchenpersonal.

Nun bringt der „Vorwärts“ eine „Berichtigung“, in der gesagt wird, die Arbeitszeit betrüge in keinem Falle mehr als 11 Stunden. — Wir meinen, die „Genossen“ erstrebten den Achtstundentag? Bezüglich der dreierlei Küche heißt es:

„Es ist nicht wahr, daß für das Personal der Herberge dreierlei Küche geführt wird. Wahr ist, daß der Herbergsökonom, der neben seinem Bargehalt für sich und seine Familie volle Beköstigung erhält, sich besseres Essen bereiten lassen durfte, was sein vertragliches Recht ist. Wahr ist weiter, daß die Kost für Kellner und das übrige Personal, wenn auch nicht gleichartig, so doch stets gleichwertig gewesen ist.“

Bestätigt das denn die Behauptung von der „dreierlei Küche“ nicht? Wir meinen doch. Die Beseitiger der Klassenunterschiede führen selbst eine Klassenscheidung durch, sogar bezügl. der Küche! Theorie und Praxis. Ja, ja, in mancher sozialdemokratischen „Musterwerkstatt“ spiegelt sich die schöne Idee vom Sozialismus wunderbar herrlich wieder!

* * *

Die Berichtigungskunst des Herrn Vorhölzer. Unter der Stichmarke „Wie die christlichen Gewerkschaften verleumdet werden“, brachten wir in Nummer 7 dieser Zeitung eine Notiz, wonach der Bezirksleiter des „freien“ Metallarbeiterverbandes, Herr Vorhölzer, in Mülhausen i. Els. in einer Fabrikversammlung den christlichen Gewerkschaftsbeamten Thelen und Frankenberg die Schuld an dem traurigen Ausgange des Mannheimer Kampfes aufgehalst und nebenbei noch von einem „großen Siege“ gesprochen habe. Herr Vorhölzer tritt es nun rundweg ab, die behaupteten Aeußerungen getan zu haben und beehrte die christliche Metallarbeiterzeitung mit einer „Berichtigung“. Auch wir nahmen von dieser „Berichtigung“ Notiz, fügten aber gleich hinzu, daß Vorhölzer großes Geschick darin gezeigt habe, unliebsame Tatsachen einfach hinwegzuleugnen. Wie recht wir damit hatten, beweist, daß die christlichen Beamten Thelen und Frankenberg in der letzten Nummer des Organs des christlichen Metallarbeiterverbandes ihre Behauptungen voll und ganz aufrecht erhalten. Es heißt da u. a.:

Wahr ist, daß Vorhölzer in der Werkstattversammlung der Firma Ducommun in Mülhausen i. Els. am 16. Januar den Ausgang des Kampfes im Strebelwerk-Mannheim als großen Sieg des sozialdemokratischen Metallarbeiterverbandes bezeichnet hat.

Wahr ist, daß „Genosse“ Vorhölzer u. a. sagte: Nur der Wortbruch der christlichen Führer Thelen und Frankenberg ist schuld, daß nicht noch mehr erreicht wurde.

Wahr ist, daß Vorhölzer behauptete, es sei ein garantierter Lohn von 76 Pfg. die Stunde für ungelernte Arbeiter erzielt worden.

Wahr ist, daß Vorhölzer stolz wie ein Spanier ausrief: „die Arbeitgeber hätten erklärt, die Akkordsätze so anzusetzen, daß die Arbeiter den Lohn (76 Pfg) verdienen „können“, doch der deutsche Metallarbeiterverband habe diese Herren gezwungen, das Wort „können“ zu streichen, und somit der Lohn für ungelernte Arbeiter garantiert sei.“

Wahr ist, das Vorhölzer sich der Versammlung vorstellte als ein Mann, der mehrere Sprachen spricht, die ganze Welt bereiste, und somit wohl als Organisationstechniker gelten könne.

Wahr ist ferner, daß Vorhölzer sagte: Nicht nur gewerkschaftlich, sondern auch politisch muß sich jeder betätigen, doch nur in der sozialdemokratischen Partei, und Aufgabe und Pflicht der Führer wäre es, in diesem Sinne bei den Mitgliedern zu wirken.

Das sind die Tatsachen, an denen auch die gewagteste Berichtigung Vorhölzers nichts ändern kann.

Hier ist ein typisches Beispiel, mit welchen Mitteln seitens sozialdemokratischer Beamten gegen die christlichen Gewerkschaften gekämpft wird. Bewußt werden Unwahrheiten gegen letztere vorgebracht, und werden dann die sauberen Patrone auf ihre Machinationen hin festgenagelt, dann leugnen sie einfach ab. Das ist getreu nach dem Grundsatz sozialdemokratischer Klassenmoral, der die Pflicht der Wahrhaftigkeit und Ehrlichkeit dem Gegner gegenüber nicht anerkennt. Auf solche Art kommen haufenweise Verdächtigungen und Verleumdungen gegen die christlichen Gewerkschaften zustande. Auf diese Art kämpft auch der „deutsche“ Textilarbeiterverband bezw. seine Beamten gegen uns, namentlich in der Schretzheimer Bewegung. — Und mit solchem Pack muß man sich herumschlagen.

* * *

Hirsch-Dunckersche „Neutralität“. Die „einzig neutralen“ Gewerkschaften wollen die Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereine sein, und trotz ihres offensichtlichen Krebsganges suchen sie bei ihrer Werbetätigkeit immer noch den Anschein zu erwecken, als ob ihnen auf die Dauer doch die gewerkschaftliche Zukunft beschieden sein müßte. Nun weiß man ja schon längst, wie es mit dieser angeblichen Neutralität der Hirsch-Dunckerschen gewerkschaftlichen Organisationen bestellt ist. Gleichwohl erscheint es angebracht, von Zeit zu Zeit diese „Neutralität“ wieder ins rechte Licht zu rücken. Gelegenheit bietet dazu ein Artikel des politisch-freisinnigen Organs der rheinisch westfälischen Gewerkvereine, „Westdeutsche Post“ (Nr. 5), worin mitgeteilt wird, daß es den Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereinen gelungen sei, die Wahl des christlichsozialen Kandidaten anläßlich der jüngsten Reichstagsersatzwahl im Wahlkreise Siegen zu hintertreiben und dem liberalen zum Siege zu verhelfen. Wörtlich ist da zu lesen:

„Die Schlappe, die die siegerländischen Gewerkvereine dem Herrn Mumm und seinem Anhang im Interesse der Gewerkvereine ganz Deutschlands beigebracht haben, **hätten wir mit gewerkvereinlicher Neutralität ihm nicht zufügen können . . . .**“

Warum denn nun immer noch diese Neutralitätsheuchelei, wo an die Neutralität der Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereine doch niemand glaubt? Sieht man denn wirklich nicht ein, daß man sich damit mehr schadet als nützt? Dieses Eingeständnis aber ist festzuhalten und in die Agitationsmappe zu legen.

Aus Arbeitgeberkreisen.

Warum die Arbeitgeber sich organisieren sollen, wird in der letzten Nummer des Textil Unternehmerblattes „Der Konfektionär“ in einem Artikel des näheren begründet. Es sind darin zwar keine neuen Gesichtspunkte angegeben, aber immerhin ist es doch von Interesse, einige Stellen aus dem Artikel herauszugreifen. Daraus können manche Mitglieder lernen. Eingangs wird der Einfluß der Arbeiterverbände auf die Gestaltung des Arbeitsvertrages unumwunden zugestanden:

Dadurch, daß die Gewerkschaften die Arbeiter ihrer Branchen zu den ihrigen zählen, und dadurch, daß sie untereinander zu einer großen Organisation verbunden sind, welche über sehr erhebliche Mittel aus den Beiträgen ihrer Hunderttausende von Mitgliedern verfügt, stellen die Arbeiterorganisationen eine gewaltige Macht dar, welche dem einzelnen Arbeitgeber ihre Bedingungen geradezu diktieren kann, sofern er nicht seinerseits einer ebenso kräftigen oder noch gewaltigeren Arbeitgeberorganisation angeschlossen ist.

Den Hauptwert der Unternehmerverbände sieht der Schreiber des Artikel darin, daß sie zu **umfangreichen Aussperrungen übergehen und dadurch die finanzielle Kraft der Gewerkschaften schwächen können.**

Aber nicht nur die Kapitalmacht der Arbeitgeberorganisationen ist es, welche dem zugehörigen Fabrikanten in einem Lohnkampfe den Rücken stärkt. Die verbündete Arbeitgeberschaft hat es in der Hand, auf einen Streik der Arbeitnehmer mit der Aussperrung zu antworten. Je größer der Umfang einer Aussperrung, desto schwerer die finanzielle Wirkung auf die Arbeiterorganisationen, da denselben in diesem Falle nicht nur die Beiträge der arbeitenden Genossen fehlen, sondern noch obendrein die Verpflichtung erwächst, die Ausgesperrten aus der Streikkasse zu ernähren.

Es gibt Arbeitgeber, welche von ihren Arbeitern begeistert Solidarität lernen können. Bei diesen energievoller Zusammenschluß, bei jenen häufig Mangel jeglichen Bewußtseins gemeinsamen Interessen, feindlicher Konkurrenzneid und Zersplitterung. Wenn ein Fabrikant gut mit seinen Arbeitern steht, desto besser! Aber er sollte nie vergessen, daß auch ihm der rote Hahn aufs Dach gesetzt werden kann. Denn auch die zufriedensten und bestgehaltenen Arbeiter sind nicht sicher vor der nimmer ruhenden Agitation der Gewerkschaften. Und nur ein rechtzeitiger Zusammenschluß und eine zielbewußte Organisation bieten die Mittel zur Abwehr unberechtigter Forderungen.

Möge dieser Mahnruf eines Textilunternehmers für unsere Kollegen die richtige Lehre sein. Der Hauptwert der Unternehmervereinigungen ist, die Finanzkraft der Arbeiterverbände zu schwächen durch umfangreiche Aussperrungen. Das sollte für uns ein Fingerzeig sein, nach welcher Richtung hin eine Gewerkschaft in erster Linie arbeiten muß. Wagt nun auch noch ein einsichtiger Kollege die Notwendigkeit der Beitragserhöhung abzustreiten?

Allgemeine Rundschau.

Soziale Rechtsprechung.

Kann ein gekündigter Arbeitsvertrag durch stillschweigende Vereinbarung als von neuem abgeschlossen betrachtet werden? Einem Arbeiter wurde am 30. August vorigen Jahres von der Betriebsleitung gekündigt, weil er einen Vorarbeiter beleidigt hatte. Während der Kündigungszeit ging nun der Arbeiter zum Meister, nahm die Beleidigungen zurück und fragte, ob er nicht wieder weiter arbeiten könne. Der Meister wies ihn zum Direktor. Dieser gab zur Antwort, er wolle sich die Sache überlegen. Am Samstag, den 12. September war nach der Ansicht des Arbeiters die Kündigungszeit abgelaufen, erhielt aber weder seine Papiere noch sein Geld und glaubte nun, daß seine Kündigung zurückgenommen sei. Am nächsten Montag arbeitete er wieder den ganzen Tag, und abends teilte ihm der Vorarbeiter noch mit, daß er andern Tages wieder auf Schicht kommen müsse. Als der Arbeiter andern Tages sich zur Arbeit meldete, wurde ihm vom Portier gesagt, daß er seine Arbeit nicht mehr fortsetzen dürfe. Der Arbeiter verklagte nun die Firma beim Amtsgericht Säckingen wegen kündigungsloser Entlassung auf Bezahlung des Lohnes für die Kündigungszeit mit der Begründung: Der regelrecht gekündigte Arbeitsvertrag sei am Samstag, den 12. September abgelaufen, da aber Geld und Papiere nicht ausgehändigt wurden, der Arbeiter am Montag ruhig weiter arbeiten konnte und dieser dazu noch vom Vorarbeiter aufgefordert wurde, am Dienstag wieder zur Arbeit zu kommen, so liege darin ein stillschweigender Abschluß eines neuen Arbeitsvertrages, welcher nur durch Kündigung gelöst werden könne. Diese sei aber nicht erfolgt, sondern der Arbeiter plötzlich entlassen worden. Die Firma ihrerseits machte in der ersten Verhandlung geltend: Wenn der Arbeiter über die Kündigungszeit hinaus beschäftigt worden sei, dann liege ein Irrtum vor, mit Willen der Leitung sei das nicht geschehen. Das Amtsgericht teilte diese Auffassung und verurteilte den Arbeiter zur Kostenzahlung. In der Begründung wurde unter anderem gesagt, daß von dem Abschlusse eines neuen Arbeitsvertrages nicht die Rede sein könne, ohne Zustimmung der Fabrikleitung. Dies die Darstellung des Falles. Nun entsteht die Frage: War in diesem Falle die Kündigungszeit überhaupt am Samstag, den 12. September abgelaufen? Gewerberichter Dr. Prenner sagt in seinem Büchlein: „Der gewerbliche Arbeitsvertrag“ gemäß § 187 Abs. 1 B. G. B. wird bei der Berechnung der Frist der Tag, an welchem die Kündigung erfolgt, nicht mitgerechnet. Das Arbeitsverhältnis endigt also erst nach Ablauf des 15. Tages, den Tag der Kündigung miteingerechnet. Danach müßte also ein Arbeitsvertrag, welcher beispielsweise am Freitag, den 19. Februar gelöst werden soll, bereits am 5. Februar gekündigt werden. Ist diese Definition der Kündigungsfrist die richtige, dann hätte die Auflösung des Arbeitsverhältnisses bei obigem Arbeiter, da die Kündigung am 30. August erfolgte, am Sonntag, den 13. September vor sich gehen müssen. Der Mann hat also immerhin einen Tag über die Kündigungszeit hinausgearbeitet; trotzdem kam das Amtsgericht zu einer verurteilenden Erkenntnis.

Allgemeines.

Arbeitslosenzählung in Berlin. Zum zweiten mal wurde in diesem Winter eine Arbeitslosenzählung in Berlin vorgenommen, und zwar gleich doppelt. Nachdem die Sozialdemokratie sich mit der städtischen Behörde nicht über die Art der Zählung einigen konnte, nahm sie diese auf eigene Faust vor, vermittelst der Hauszählung, die sich auf Berlin und 45 Vororte erstreckte. Der Magistrat der Stadt Berlin errichtete wiederum Meldestellen und zwar für Berlin und 22 Vororte. Die Sozialdemokraten zählten 101 300 Arbeitslose, der Magistrat nur 23 670. Welche Zahl ist nun richtig? Ohne Zweifel hat die Zählung durch die Trennung an Wert verloren, und nehmen manche die Mitte der Zahlen an. Wir halten die erstere Zahl für richtig, es liegt wenigstens kein Grund zur Unglaubwürdigkeit vor. Das Hauszählungssystem ist viel intensiver, außerdem kommt in Betracht, daß die Sozialdemokratie ihre Zählung zwei Tage früher vornahm, und so der anderen Zählung den Ernst raubte. Denn die meisten blieben ihr fern. Bedauerlich bleibt die Trennung immerhin, da die an einer möglichst niedrigen Ziffer der Arbeitslosigkeit Interessierten das Resultat der Stadt für sich in Anspruch nehmen und verwerten. Deutlich geht aus diesen Zahlen die Unsumme von Not und Elend in vielen Tausenden von Arbeiterfamilien hervor. Interessieren dürfte, daß die freisinnige Stadtverwaltung bei der ersten Zählung zu Anfang des Winters die christlichen Gewerkschaften nicht zu finden wußte. Als nun die Sozialdemokratie ihre Mitwirkung ablehnte, änderte sich das auf einmal. Woran das nur liegen mag?

* * *

Einwirkung von Armenunterstützung auf öffentliche Rechte. Der Reichstag befaßte sich in den letzten Tagen in dritter Lesung mit vorstehender Materie, um deren vielfach arg drückende Bestimmungen zu erleichtern. Die Vorschläge der Kommission, die den Gesetzentwurf bearbeitete, fanden Annahme. Hiernach gestaltet sich das Verhältnis in Zukunft folgendermaßen: Soweit in Reichsgesetzen der Verlust öffentlicher Rechte von dem Bezug einer Armenunterstützung abhängig gemacht wird, sind als Armenunterstützung nicht anzusehen: 1. die Krankenunterstützung; 2. die einem Angehörigen wegen körperlicher oder geistiger Gebrechen gewährte Anstaltspflege; 3. Unterstützungen zum Zwecke der Jugendfürsorge, der Erziehung oder der Ausbildung für einen Beruf; 4. sonstige Unterstützungen, wenn sie nur in der Form vereinzelter Leistungen zur Hebung einer augenblicklichen Notlage gewährt sind; 5. Unterstützungen, die erstattet sind.

Versammlungskalender.

Aachen. 8. März, 8½ Uhr, bei Blum, Franzstr. (neben dem Edentheater) Arbeitervertreter-Versammlung.
Ahaus. 7. März, 1 Uhr, bei Burbaum.
Burgwaldniel. 7. März, 5 Uhr, bei Stammen, öffentliche Versammlung.
Bocholt. 7. März, 11¼ Uhr, bei Jmping.
Borghorst. 7. März, Kohlenkasse.
— 14. März, Mitgliederversammlung.
Delmenhorst. 7. März, 3 Uhr, bei H. Kollage, Vorstands- und Vertrauensmännerversammlung.
Düsseldorf. 7. März, 11 Uhr, im Paulushaus.
Euskirchen. 7. März, ½6 Uhr, bei Johann Heeg, Generalversammlung.
Forchheim. 14. März, 4 Uhr, bei Schmitt.
M.-Gladbach-Hehn. 14. März, 10½ Uhr, bei M. Bösch
M.-Gladbach-Holt. 14. März, 11 Uhr, bei David Arets
M.-Gladbach-Venn. 7. März, 6 Uhr, bei Leonhard Weiers, Poeth
M.-Gladbach-Eicken. 7. März, 6 Uhr, bei Severin Nenne-s, Eickenerstr.
Hardterbroich-Pesch. 6. März, 8½ Uhr, bei Paggen Vertrauensmännersitzung.
— 7. März, 6 Uhr, bei Paggen.
Hochneukirch. 7. März, ½6 Uhr, beim Gastwirt Fleischer in Hoojschenich, öffentliche Versammlung.
Hardt. 21. März, 6 Uhr, bei Geschwister Pillen, Generalversammlung.
Hermges-Dahl. 7. März, 11 Uhr, bei Leonh. Kremer (Dahl)
Korschenbroich. 14. März, 6 Uhr, bei Johann Neigels
Metelen. 7. März, 5 Uhr, bei Jos. Koch.
Mülheim a. Rh. 10. März, 7 Uhr, bei Theod. Böhner Wallstr. 31.
Neumünster. 13. März, 8½ Uhr, evang. Vereinshaus Klosterstr., öffentliche Versammlung.
Neustadt O.-S. 13. März, 8 Uhr, bei Kügler, Glodnystr. 2
Neuwerk. 7. März, 6 Uhr, bei Anton Rommerskirchen
Odenkirchen. 7. März, 2½ Uhr, bei K. Bocks in Geistenbeck.
— 21. März, 6 Uhr, im Deutschen Eck in Odenkirchen, öffentliche Versammlung.
Ostritz. 7. März, 5 Uhr, im „Weißen Roß“ Gewerkschafts-Versammlung.
Rheydt. 6. März, 8½ Uhr, bei Wißner in Geneiken.
Rheydt. 14. März, 6 Uhr, bei Albert Passen, Generalversammlung.
Schiefbahn. 7. März, 6 Uhr, bei Heinrich Kaiser.
Viersen Gesamtortsgruppe. 21. März, 6 Uhr, „Zum weißen Elefanten“, Hauptstr., außerordentliche Mitglieder-Versammlung.
Warendorf. 7. März, 11 Uhr, bei Wwe. Lewe, Brünebrede, Generalversammlung
Wassenberg. 16. März, 7 Uhr, im Waldhotel.
Wegberg. 14. März, 10½ Uhr, im Wegberger Hof.
Würselen. 14. März, 5½ Uhr, bei Werner Leuchter, Aachenerstr.

Anrath. Generalversammlung des Konsumvereins „Eintracht“, e. G. m. b. H. am Sonntag, den 14. März, nachmittags 6 Uhr, beim Wirten Karl Kuhles. Tagesordnung: 1) Geschäfts- und Kassenbericht sowie Vorlegung der Bilanz, 2) Genehmigung der Bilanz sowie Entlastung des Vorstandes, 3) Beschlußfassung über Gewinnverteilung, 4) Neuwahl der ausscheidenden Vorstands- und Aufsichtsratsmitglieder, 5) Verschiedenes. Anträge zu dieser Versammlung müssen bis zum 7. März beim Vorsitzenden schriftlich eingereicht werden.

Der Aufsichtsrat.
(Mk. 2.20) J. A.: Franz Brülls, Vorsitzender.

Hardt. Samstag, 13. März, abends 9 Uhr bei Geschw. Pillen, Generalversammlung des Konsum-Vereins „Einigkeit“ e. G. m. b. H. Tagesordnung: 1. Halbjähriger Bericht. 2. Beratung und Beschlußfassung der neuen Statuten.

Der Aufsichtsrat.
(Mk. 1.40) J. A.: Jos. Jansen.

Bilanz

des Konsumvereins „Eintracht“ zu Anrath, e. G. m. b. H.
Vom 1. Januar 1908 bis zum 31. Dezember 1908.

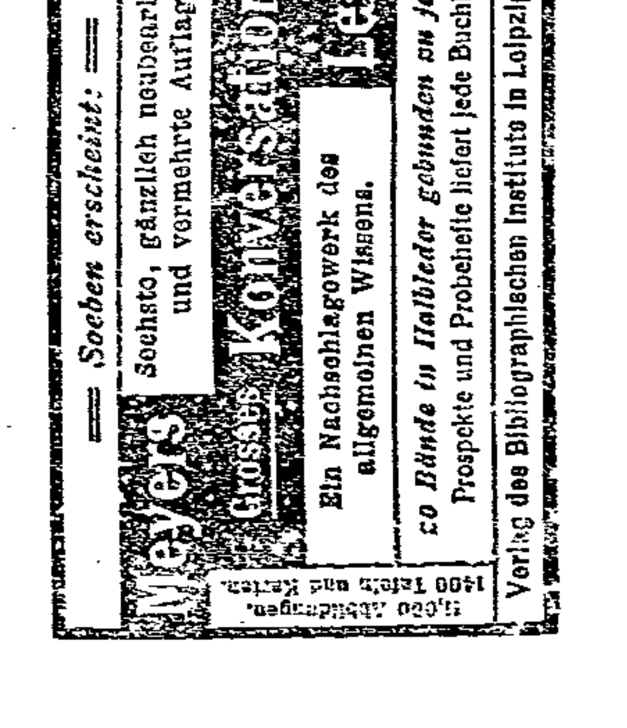
Aktiva.		Passiva.	
Kassa-Konto	434,57	Geschäftsguthaben	1397,96
Waren-Konto	2260,54	Lieferanten-Konto	439,55
Sparkassen-Konto	319,24	Miete und Gehalt	82,40
Inventar nach 10%		Kreditoren-Konto	104,50
Abschreibung	237,40	Reservefonds	143,50
Debitoren-Konto	181,—	Bäcker-Konto	352,11
		Reingewinn	912,73
	Mk. 3432,75		Mk. 3432,75

Mitgliederzahl am 1. Januar 1908 53
Zugang im Laufe des Jahres 6
Mithin Bestand am Schlusse des Jahres 59
Höhe der Haftsumme am 31. Dez. 1908 30×59 = 1770 Mk.

Der Vorstand: Der Aufsichtsrat:
Heinr. Engeln, Geschäftsführer. Franz Brülls.
Joh. Broder, Kassierer.
Konrad Könes, Schriftführer. (Mk. 4.40)

Sterbe-Tafel.

Es starben die Verbandsmitglieder:

Andreas Willems in Eupen.
Anton Jennen in Burgwaldniel.
Joseph Schnarr in Fulda.
Johann Kreitz in Aachen.
Mathias Tilges in M.-Gladbach.
Ludwig Tau in Cornelimünster.
Everhardus Lücke in Rheine.
Peter Kirschgens in Aachen.
Maria Hofmann in Kolbermoor.
Joseph Bölting in Bocholt.

Ehre ihrem Andenken!